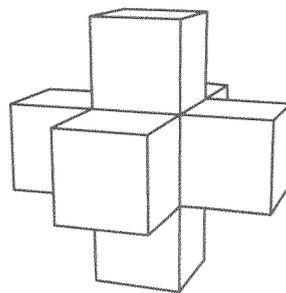


# Schweizer Freisinn



Maler: Franz Georg  
 Direktor Schweiz: Landesbibliothek  
 Hallwylstrasse 15  
 3003 Bern

## FDP Wir Liberalen.

Unter Freisinnigen Kopf des Monats	2   2	Brennpunkt FDP persönlich	3   4	FDP-Frauen Jungfreisinnige	14   22	Agenda Kreuzworträtsel	25   26
---------------------------------------	-------	------------------------------	-------	-------------------------------	---------	---------------------------	---------

28. Jahrgang. Erscheint monatlich.

Offizielles Organ der FDP Schweiz

### Inhalt

#### Ein Jahr vor den Wahlen

Der Wahlkampf hat definitiv begonnen. Unser Wahlkampf soll kein Theater werden, sondern den Bürgerinnen und Bürgern Themen und Lösungen aufzeigen. Eine Schweiz der Zukunft – intelligent, wachsend, gerecht und offen. **Seite 3**

#### Delegiertenversammlung

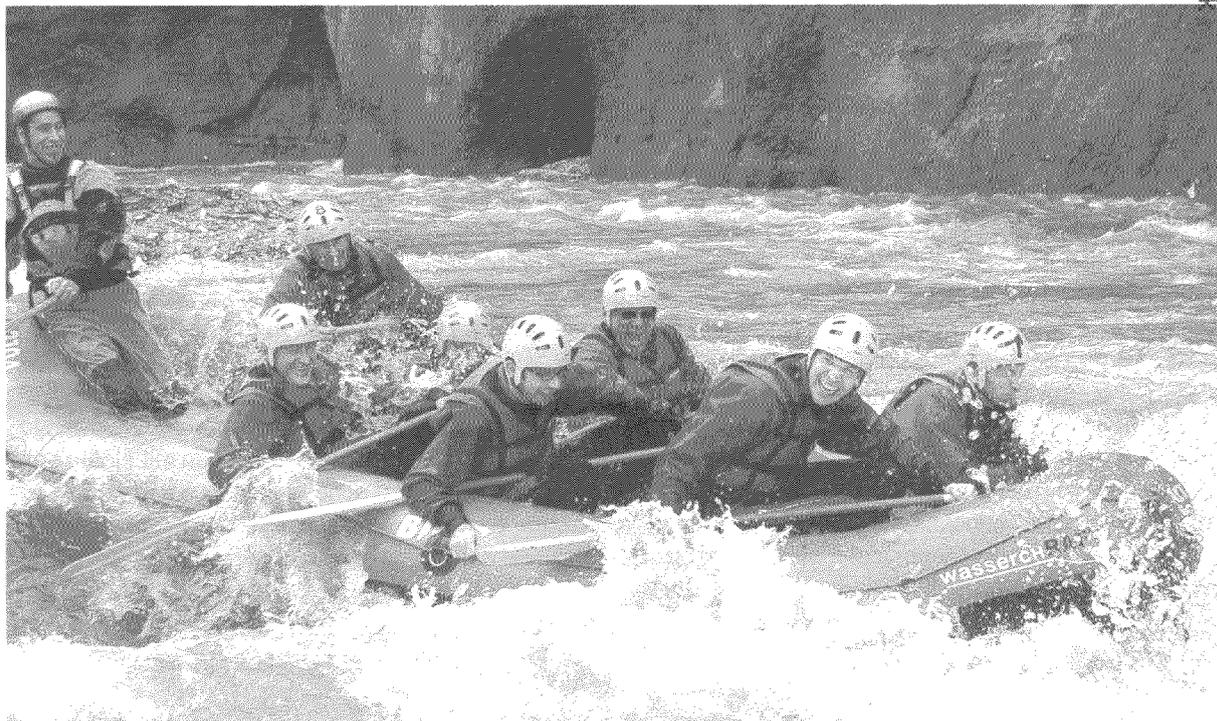
Die Schweiz braucht eine nachhaltige Energiepolitik. Die Delegierten befassten sich am 14. Oktober 2006 an der Delegiertenversammlung in Sempach umfassend mit Versorgungssicherheit, Stromlücke und der Energie-Effizienz. **Seite 12**

#### Güterverkehr

Die FDP will die Verlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs auf die Schiene. Volk und Stände haben dieses Ziel in der Verfassung verankert und politisch mehrfach bestätigt. Jetzt ist Engagement nötig! **Seite 18**

#### Zusammenarbeit mit Osteuropa

Die Beziehungen zu Europa sollen vertieft statt verspielt werden. Bei der Abstimmung am 26. November über das Osthilfegesetz steht für die Schweiz europapolitisch viel auf dem Spiel. Die Zustimmung bedeutet die Vertiefung der Beziehungen zur Europäischen Union, die Ablehnung hätte einen Schaden im schweizerisch-europäischen Verhältnis zur Folge. **Seite 21**



Die sportliche FDP-Fraktion bei ihrer wilden Fahrt.

Foto: Peter Gerber

## Keine nassen Füsse!

Die arbeitsintensive Session in Flims ist Vergangenheit. Nebst politischen Geschäften stand für die FDP-Fraktion auch ein sportlicher Ausflug auf dem Programm.

Ilanz bis Reichenau – zu Fuss oder im Boot? Diese Frage stellten sich die FDP-Fraktionsmitglieder an ihrem Ausflug. Die Hälfte fasste Mut und entschied sich für die an-

spruchsvolle Fahrt mit dem Gummiboot, die andere Hälfte vertraute lieber den eigenen Füßen. Spass gemacht hat es allen, und nasse Füsse hatte niemand. Erfreute Ge-

sichter sah man abends im Schloss Reichenau, wo das Abendessen serviert wurde, denn Sport macht bekanntlich hungrig.

**Seite 6**

# Unmöglich Erscheinendes kann wahr werden

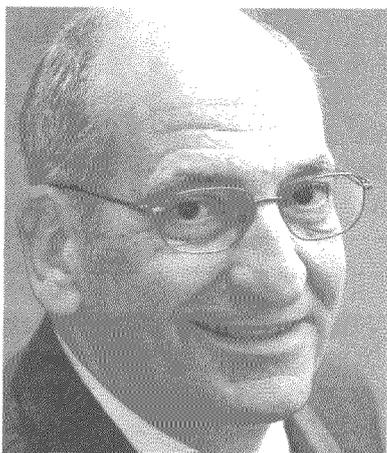
Vor einigen Tagen habe ich Herrn Hutter kennen gelernt, den Vater von FDP-Nationalrat Markus Hutter.

Er hat aus einer liberalen Geisteshaltung heraus im spanischen Bürgerkrieg von 1936 bis 1938 gegen die Diktatur und den Faschismus gekämpft. Dieser Kampf schien vielleicht aussichtslos, aus heutiger Sicht aber berechtigt, notwendig und siegreich.

Vieles in der Politik scheint manchmal aussichtslos. Als ich das Eidgenössische Departement des Innern übernahm, haben mich viele gewarnt: «Du übernimmst unlösbare Probleme. Die IV wird zu einem Desaster, die Krankenkassenprämien werden immer stärker steigen, die 2. Säule mit ihren vielen Unterdeckungen ist in Gefahr.»

Heute, vier Jahre später, kann eine erste Bilanz gezogen werden. Ich glaube, mein Einsatz lohnt sich. Unmöglich Erscheinendes kann realisiert werden.

Hatten wir vor meinem Amtsantritt im EDI eine durchschnittliche Prämienhöhung von sechsein-



**Pascal Couchepin**

halb Prozent, ist diese seit 4 Jahren auf durchschnittlich unter vier Prozent gesunken, und dies mit einer Tendenz zur Stabilisierung. Das heisst nichts anderes, als dass Hunderte von Millionen Franken beim Bürger geblieben sind, die diese für den privaten Konsum und somit auch für die Wirtschaft einsetzen können. Wer hätte das vor vier Jahren gedacht?

Auch bei der Invalidenversicherung hat sich einiges getan. Ergebnis: Die IV hat im Jahr 2006 rund dreissig Prozent weniger Neurentner als noch 2003. Und mit der 5. IV-Revision haben wir eine Reform aufgleisen können, die durch das Konzept «Integration vor Rente» diese Tendenz noch verstärken soll. Falls es im Juni 2006 darüber zur Abstimmung kommt, werden wir dafür kämpfen. Es ist eine soziale Reform im Interesse der Behindereten.

Bei der zweiten Säule ist das Problem der Unterdeckungen mittlerweile kein Thema mehr. Mit einer vorsichtigen Politik konnten wir diese Gesundheit gewährleisten. Weitere Reformen sind in Gang.

Was will ich mit diesen Beispielen zeigen? In der Politik lohnt es sich zu kämpfen. Auch schwierige Hindernisse können mit einem entsprechenden Willen und Mut überwunden werden. Man soll für seine Überzeugungen eintreten. Und

dann können plötzlich Berge überwunden werden.

Ein Freund von mir sagte mir einmal: «Wenn man mich bittet, den Eiffelturm zu versetzen, so frage ich mich als erstes, wohin ich ihn stellen könnte.» Eine solche Haltung ist für mich freisinnig.

Und wenn man ein Jahr vor den Wahlen behauptet, die freisinnige Partei verliere, so sollten wir keine Sekunde daran glauben. Es wird anders kommen. Wir wissen, warum wir in der Politik sind und warum wir für unsere Politik kämpfen.

Unmöglich Erscheinendes kann wahr werden. Aber seien wir realistisch, alles braucht auch seine Zeit.

**Pascal Couchepin**

## Kopf des Monats

### Jost Windlin

Die Bilanz der FDP Zug bei den kantonalen Wahlen kann sich sehen lassen: Ständerat Rolf Schweizer im ersten Wahlgang wiedergewählt, beide Regierungsräte mit Glanzresultaten wiedergewählt und im Kantonsrat die Sitzzahl gehalten (ein zusätzlicher Sitz wurde um eine einzige Stimme verpasst). Baumeister dieses Erfolgs ist der Zuger Kantonalpräsident Jost Windlin mit seinem Team. Er hat es verstanden, die liberalen Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren. Aus diesem Grund gebührt ihm der Titel «Kopf des Monats». Diese Auszeichnung soll auch Ansporn für die Nationalratswahlen im nächsten Jahr sein. Mit diesen Erfolgen stehen die

Chancen gut, dass der 2003 verlorene Nationalratssitz wieder zurückerobert werden kann.



**Jost Windlin,  
der Kopf des Monats November.**

## Geit's no?

Die Forderungen der FDP zur Energiepolitik haben einiges ins Rollen gebracht. Anlässlich der Delegiertenversammlung in Sempach haben die Delegierten der FDP beschlossen, dass die drohende Stromlücke CO<sub>2</sub>-frei geschlossen werden muss. Mittel dazu sind eine bessere Nutzung der Wasserkraft, neue erneuerbare Energie und – weil auch dann noch eine Lücke bleibt – Kernkraft. Diese Beschlüsse wurden am 14. Oktober gefasst. Unterdessen sind bereits Kantonalparteien aktiv geworden und

haben diese CO<sub>2</sub>-freie Stromproduktion und demzufolge den Ersatz bestehender Kernkraftwerke gefordert. Dies wiederum rief SP

und Grüne auf den Plan, die umgehend den Widerstand gegen die Erneuerung und Verbesserung der Kernanlagen angekündigt haben. Dieses kategorische Nein kann nur zwei Dinge bedeuten: Entweder wollen SP und Grüne, dass in Zukunft Gaskraftwerke eine Unmenge an CO<sub>2</sub> ausstossen oder aber sie sind bereit, dass in ein paar Jahren in der Schweiz wegen mangelnder Elektrizität alles still steht und dunkel bleibt.

1 Jahr vor den Wahlen

## Eine intelligente, wachsende, gerechte und offene Schweiz statt Theater

Ein Jahr vor den eidgenössischen Wahlen hat der Wahlkampf definitiv begonnen. Die Töne werden lauter, und die Inszenierungen nehmen zu. Wir werden in diesem Wahlkampf kein Theater veranstalten, sondern den Bürgerinnen und Bürgern ein Angebot für eine Schweiz der Zukunft unterbreiten.

In zahlreichen Bereichen hat die Schweiz ihre Spitzenplätze eingebüsst, in anderen ist zumindest der Vorsprung geschwunden. Trotzdem geht es uns immer noch gut. Wir können in einem Land in Wohlstand und Sicherheit leben. Die Entwicklung der letzten Jahre hat aber gezeigt, dass uns die anderen überholen, wenn wir stehen bleiben. Deshalb müssen wir die Schweiz bewegen, um auch in Zukunft erfolgreich zu sein.

### Herausforderung BRIC-Staaten

Die Schweiz ist immer mehr vom internationalen Umfeld abhängig – ob uns dies passt oder nicht. Die internationale Vernetzung nimmt zu, Arbeitsplätze werden dorthin verschoben, wo die besten Voraussetzungen herrschen. Aus diesem Grund hat die Schweiz auch ein vitales Interesse an der Vernetzung mit Europa, wie sie mit dem bilateralen Weg hergestellt wurde. Zunehmend an Bedeutung gewinnen die sogenannten BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China). Sie stellen sowohl ein grosses wirtschaftliches Leistungspotenzial als auch riesige Absatzmärkte dar. Die Schweiz als klas-



Fulvio Pelli

sische Exportnation hat die Chance, sich ein Stück von diesem Kuchen abzuschneiden. In den Schoss fallen wird uns diese Chance aber nicht; dafür müssen wir hart arbeiten.

### Den Weg aufgezeigt

Wir haben diese Analyse bereits vor einem Jahr gemacht. Wir haben aufgezeigt, in welchen Bereichen wir unsere Schwächen beheben und unsere Stärken ausbauen müssen, damit es uns allen auch in Zukunft gut geht, damit Arbeitsplätze



Integration und Bildung: Zukunftsthemen für die Schweiz.

und Wohlstand weiterhin fest mit der Schweiz verbunden sind. Dank einer intelligenten Schweiz schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass hoch qualifizierte Arbeitsplätze in der Schweiz bleiben und auch unsere Kinder die Qualifikationen haben, um diese Arbeitsplätze zu besetzen. Dank einer wachsenden Schweiz schaffen wir die Rahmenbedingungen, dass unsere Wirtschaft international konkurrenzfähig und die Schweiz ein attraktiver Firmenstandort ist und bleibt. Dank der gerechten und der offenen Schweiz schaffen wir Bedingungen, die das Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger in Sicherheit und grösstmöglicher Freiheit ohne Bevormundung und überflüssige Vorschriften ermöglichen. So schaffen wir Lebensqualität für alle.

### Angebot an die Bürgerinnen und Bürger

Unser Programm schafft Chancen – für die Schweiz und für alle,

die in diesem Land leben. Wir unterbreiten den Bürgerinnen und Bürgern ein Angebot, wie eine liberale Zukunft der Schweiz aussehen soll. Wir wollen die Zukunft unseres Landes mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren, und das nicht nur im Wahlkampf. Eben: Themen statt Theater.

### Aktuell verfügbare Positionspapiere zur Umsetzung der Schwerpunktthemen

(weitere Positionspapiere folgen im nächsten Jahr)

- **Wachsende Schweiz:**  
Nachhaltige Energiepolitik setzt auf Innovation
- **Offene Schweiz:**  
Integration macht die Schweiz erfolgreich  
Liberale Werte verteidigen, Migrationspolitik
- **Intelligente Schweiz:**  
Leistung muss sich lohnen – vor allem in der Bildung

Anzeige

Recht verstehen...

## Ihr Portal zum Recht

[www.advochannel.ch](http://www.advochannel.ch)

**Binder**  
rechtsanwälte

## Veranstaltung

### 3. Ideenmesse der Schweizer Think-Tanks



Am 30. November 2006,  
ab 12.00 Uhr, Technopark Zürich

Die Institution «Ideenmesse» hat sich nach zwei erfolgreichen Anlässen bereits etabliert. In diesem Jahr findet am 30. November 2006 die 3. Ideenmesse der Schweizer Think-Tanks

statt. Wiederum richten sich Think-Tanks als unabhängige, kreative Dienstleister an Führungskräfte und Entscheidungsträger in Parteien, Verwaltung, Unternehmen und Medien. Gleichzeitig ist die Ideenmesse ein Netzwerk der innovativen Ideen. Sie soll das Wachstum und das Potenzial der Schweizer Think-Tank-Landschaft in der Öffentlichkeit präsentieren und kreative Impulse, auch über die Landesgrenzen hinaus, vermitteln.

#### Die diesjährige Ideenmesse steht unter dem Leitthema: «Wahlen 2007 – Eine liberale Agenda für die Schweiz».

Die FDP wird die 3. Ideenmesse u. a. mit folgenden Persönlichkeiten mitgestalten:

- Fulvio Pelli, Präsident FDP Schweiz, Ruedi Noser, Vizepräsident FDP Schweiz
  - Lena Schneller, Präsidentin jungfreisinnige schweiz, Rolf Schweiger, Ständerat
  - Markus Hutter, Nationalrat, Guido Schommer, Generalsekretär FDP CH
- Der gesamte Anlass, die Workshops und die Podiumsdiskussionen sind für Besucher kostenlos. Programm und weitere Informationen unter: [www.swisspolicy.net](http://www.swisspolicy.net)



Der Aargauer FDP-Ständerat, Thomas Pfisterer (links), machte im Gespräch mit Walter Schneider deutlich, dass er im Verkehrs-Dossier zu den Leadern innerhalb des Ständerates gehört. Bild: rus

### Ständerat Thomas Pfisterer verzichtet auf «Schulreisli»

Das traditionelle Sessions-Treffen der ehemaligen FDP-Parlamentarier, unter dem Präsidium des Winterthurer Alt-Nationalrats Erich Müller, fand auch in Flims statt. Im Zentrum dieser Veranstaltung stand das Thema «Schwerpunkte des Bundes in der Verkehrspolitik». In seinem Eintretensreferat öffnete Walter Schneider, Sektionschef Bewilligungen I, eine breite Palette aus dem Bundesamt für Verkehr (BAV). Um bei dieser Diskussion dabei zu sein, verzichtete der Aargauer FDP-Ständerat Thomas Pfisterer auf das «Schulreisli» des Bundesparlamentes ins Engadin. Ihm war es weit wichtiger, im Anschluss an die Informationen des hohen BAV-Vertreters nicht nur die Aargauer Interessen einzubringen. Er legte besonderen Wert darauf, dass die Verkehrsfragen als Ganzes betrachtet werden. Nach Pfisterers Ansicht dürfe es nicht sein, dass in Verkehrsfragen Schiene, Strasse und Flugverkehr gegeneinander ausgespielt werden. Der politische Kampf in einzelnen Bereichen führe letztlich dazu, dass regionale Interessen hochgespielt werden. Diskussionen auf dieser Ebene verunmöglichen seiner Ansicht nach eine finanzierbare Gesamtlösung und seien in der Kategorie «Effekthascherei» anzusiedeln.

## Persönlich

### Aufbruchstimmung

Urs Steffen ist Ortsparteipräsident der 3000-Seelen-Gemeinde Nottwil. Nottwil ist sehr geprägt von der CVP. Irrtum!



Urs Steffen

Seit Urs Steffen vor rund einem Jahr das Ruder der FDP Nottwil übernommen hat, herrscht grosse Aufbruchstimmung. Bis zum April dieses Jahres war die FDP nur gerade mit einer Person im 5-köpfigen Gemeinderat vertreten. Im April trat dieser eine Gemeinderat zurück und gleichzeitig auch eine CVP-Gemeinderätin. Der neue Parteipräsident fand gleich zwei Personen und machte der CVP den Sozialvorsteher-Sitz streitig. Mit einem sehr subtil geführten Wahlkampf holte er gleich noch den Sitz der CVP. Etwa zwei Monate später demissionierte der CVP-Gemeindepräsident. Keine Frage, dass dieser wieder von der CVP besetzt werden musste, bloss hat man die Rech-

nung ohne den FDP-Parteipräsidenten gemacht! Urs Steffen fand einen derart guten Kandidaten, dass gar niemand anderes kandidierte.

Die FDP ist nun neu im Gemeinderat mit 3 von 5 Sitzen vertreten. Präsiert wird die Gemeinde ebenfalls von der FDP.

Urs Steffen hat ein enorm initiatives Team um sich geschart und versprüht selber dieses feu sacré, das es braucht! Die FDP Schweiz gratuliert herzlich zu diesen Erfolgen!

### Duri Bezzola verlässt Bundes-Bern

Nationalrat Duri Bezzola hat bekannt gegeben, dass er per Ende Jahr vorzeitig zurücktreten wird. Er wird also in der Wintersession 2006, nach 16 Jahren, das letzte Mal im Nationalrat Einsitz nehmen. Die FDP Schweiz wünscht ihm eine spannende letzte Session.



Duri Bezzola

Zürich

**Mit Ursula Gut und Thomas Heiniger in den Regierungsratswahlkampf**

Die Delegierten der FDP des Kantons Zürich haben Anfang Oktober 2006 Regierungsrätin Ursula Gut und Kantonsrat Thomas Heiniger, Stadtpräsident von Adliswil, einstimmig für die Regierungsratswahl vom nächsten Frühling nominiert.

Die zweite Nominierung innert vier Monaten zeigt die grosse Popularität und das Vertrauen, das Regierungsrätin Ursula Gut innerhalb der Kantonalpartei geniesst. Die entschlossene und gleichzeitig umsichtige Art und Weise, wie Ursula Gut ihr Amt als Baudirektorin angetreten hat, haben ihr in weiten Kreisen der Wirtschaft und Politik Respekt eingebracht.

Gleichzeitig haben die Delegierten Kantonsrat Thomas Heiniger nominiert. Er soll im Frühling den Sitz des zurücktretenden FDP-Regierungsrats Ruedi Jeker verteidigen. Auch Thomas Heiniger geniesst innerhalb der Partei und weit darüber hinaus grosses Vertrauen.

Die FDP des Kantons Zürich zieht somit mit zwei ausgezeichneten Regierungsratskandidaten, einem klar wirtschaftsfreundlichen Profil und voller Kraft ins Wahljahr 2007! Ziel der FDP des Kantons Zürich ist es, für den Regierungsratswahlkampf gemeinsam mit der SVP vier Sitze zu erobern. Mit einer liberalen und bürgerlichen Politik sollen die hohe Lebensqualität und die grosse wirtschaftliche Attraktivität des Kantons Zürich nachhaltig gesichert werden.

Zug

**Erfolgreiche Wahlen**

Die FDP Schweiz gratuliert Rolf Schweiger zu seinem Spitzenresultat bei den Ständeratswahlen 2006. Mit über 20000 Stimmen und damit über einem Drittel der Stimmen wurde er klar für eine weitere Amtsperiode als Vertreter des Standes Zug nach Bern gewählt. Das absolute Mehr übertraf er um rund 5000 Stimmen.

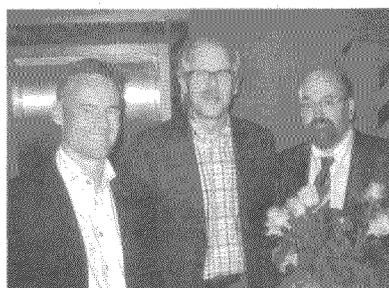
Ausserdem konnten die Zuger ihre zwei Regierungsratssitze problemlos verteidigen. Joachim Eder und Matthias Michel wurden beide erfolgreich wiedergewählt und konnten sich über Spitzenresultate freuen. Das Zuger Stimmvolk hat damit die lösungsorientierte Politik der FDP bestätigt.

Die FDP des Kantons Zug hat seit den letzten Wahlen um rund 5% zugelegt und damit die CVP mit ihrem Stimmenanteil überholt und ist somit stärkste Regierungspartei.

Im Kantonsrat konnten die 20 Sitze erfolgreich verteidigt werden. Der Frauenanteil von 50% ist besonders erfreulich!



**Rolf Schweiger nach seiner glanzvollen Wiederwahl – gefragt bei den Medien.**



**Haben Grund zum Feiern: Matthias Michel, Wahlkampfleiter Hans-Rudolf Wiid und Joachim Eder.**

St. Gallen

**Kampf für Steuersenkung**

Die FDP will die gute Finanzlage des Kantons St.Gallen für eine rasche Steuersenkung nutzen. Die St. Galler Regierung zog bei der Vorstellung des Voranschlages 2007 eine Steuerfussenkung in Betracht. Die kantonale FDP begrüsst die Stossrichtung, fordert aber von der Regierung noch deutlichere Signale in Richtung einer Steuersenkung. Die FDP prüft nun, ob rechtlich bereits eine Steuersenkung für das Jahr 2007 möglich wäre.

Uri

**FDP bewegt an der «Uri 06»**



Dank der FDP gab es an der diesjährigen Urner Gewerbe- und Erlebnismesse auch einen politischen Stand zu besuchen. Nationalrätin und FDP-Vizepräsidentin Gabi Huber betreute zusammen mit Kantonalpräsident Jules Christen, den Jungfreisinnigen und anderen Persönlichkeiten den FDP-Auftritt, der

unter dem Motto stand: «Wir packen es!» Ein beträchtlicher Teil der insgesamt 30000 Messebesucher machte vom liberalen Angebot Gebrauch und gab der Kantonalpartei in vielen guten Gesprächen Inputs. Das Interesse an der Urner FDP ist kein Zufall: Immerhin werden über 10% der Urner Arbeitsplätze und sage und schreibe die Hälfte der Urner Ausbildungsplätze von FDP-Mitgliedern zur Verfügung gestellt!

Luzern

**Gegen wildes Plakatieren**

Die FDP will mit einer Motion im Grossen Rat eine Gesetzeslücke schliessen. Vor allem an Freitagen werden ganze Stadtteile Luzerns durch wilde Plakatierer verunstaltet. Häufig werden auch Flyers in grossen Mengen verteilt und dann liegen gelassen. Peter Tüfer und andere FDP-Grossräte wollen nun mit einer Motion erreichen, dass sich die Veranstalter an den Aufräumkosten beteiligen müssen und dass Luzern damit seinem Ruf als saubere Touristenstadt mit Lebensqualität gerecht bleibt.

Basel-Stadt

**Schwarze Zahlen dank FDP-Politik**

Das Basler Budget 2007 weist einen Überschuss von 53 Millionen Franken auf. Das erfreuliche Budgetergebnis ist auf folgende Gründe zurückzuführen: Die von der FDP BS geforderten Entlastungsprogramme haben den Haushalt auf der Ausgabenseite saniert. Andererseits haben auch die zusätzlichen Steuereinnahmen vor allem der boomenden Exportwirtschaft zum Erfolg beigetragen, was auch dem unermüdlichen Einsatz der Basler Freisinnigen für optimale wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu verdanken ist. Jetzt fordern die Freisinnigen, mit den Überschüssen den Schuldenberg abzubauen und die Steuerbelastung für den Mittelstand zu senken. Ausserdem soll in Bildung und Forschung investiert werden, damit der Grundstein für weitere Erfolge von Basel-Stadt gelegt werden kann.

Session in Flims

# Fraktionsausflug

## FDP-Fraktion zu Wasser und zu Fuss



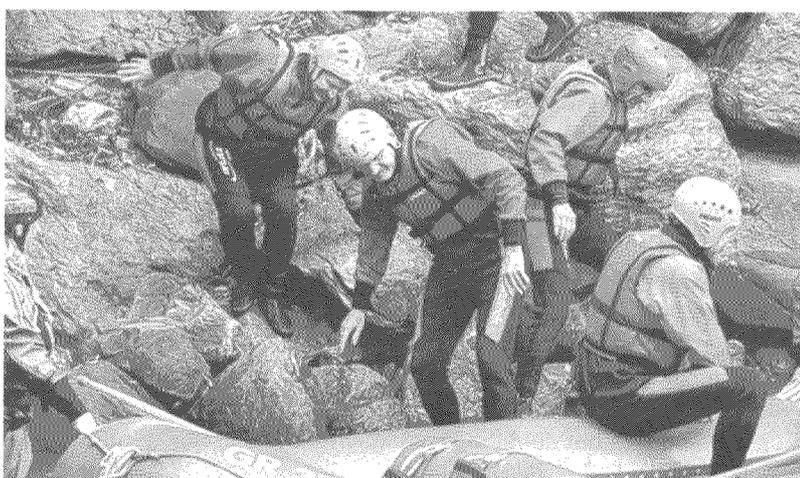
Skeptischer Blick auf die Gummianzüge.



Welch sportlicher Anblick – die Gummianzüge passen perfekt!



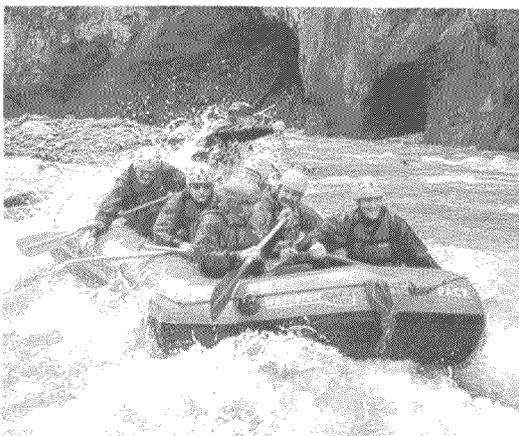
Alles will gelernt sein – Theorie und Trockenübungen im Boot.



Dem einen oder andern haben sicher die Knie gezittert...

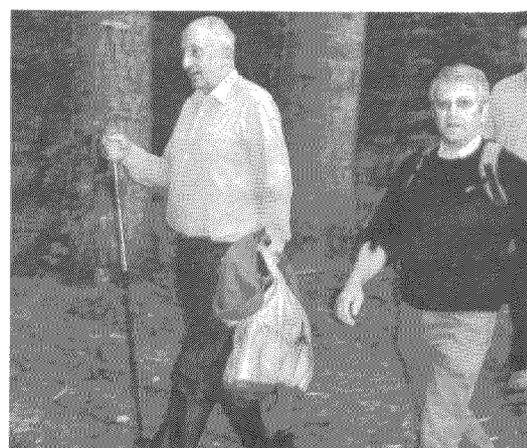
Neben einem inhaltlich schwergewichtigen Programm bot die Session in Flims auch die Gelegenheit, die Naturschönheiten der Gegend zu genießen. Die FDP-Fraktion packte diese Gelegenheit in der zweiten Sessionswoche beim Schopf.

Die wagemutigen Fraktionsmitglieder, darunter Ständerätin Trix Heberlein als einzige Frau, legten die Strecke zwischen Ilanz und Reichenau mit dem Gummiboot zurück. Die andere Hälfte bewegte sich auf Schusters Rappen. Am Abend traf man sich auf Schloss Reichenau, einer echten Wiege des liberalen Gedankenguts. Der Schlossherr, Gian-Batista von Tscharner, lud zum Abendessen, das einen gelungenen Abschluss eines erlebnisreichen Nachmittags bildete.



Die rasante Fahrt im knallroten Gummiboot.

Fotos: Peter Gerber



Andern war der sichere Fussweg lieber...

Interview

# Idealer Einstieg in den Nationalrat

Der «Freisinn» im Gespräch mit dem neuen FDP-Nationalrat Andreas Zeller, der die Nachfolge von Peter Weigelt angetreten hat.

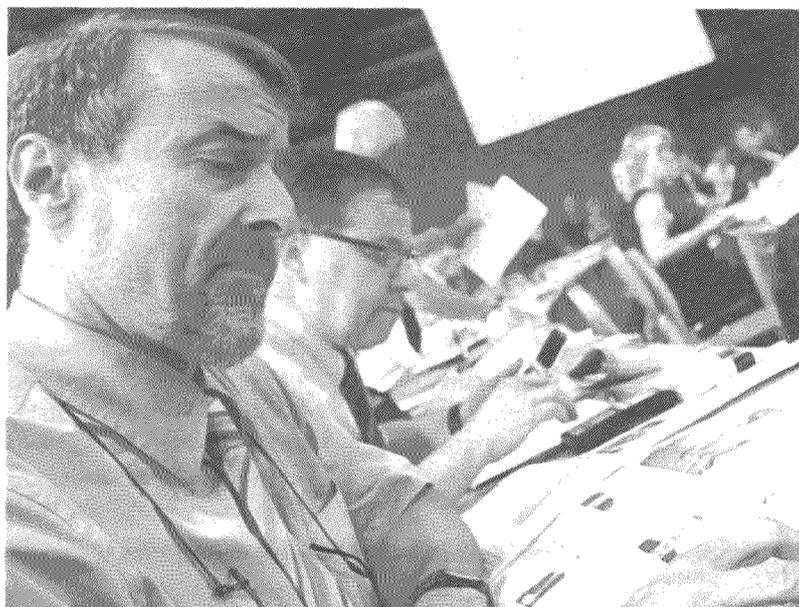
*Sie sind nun seit September im Nationalrat. Wie verlief die Startphase?*

**Andreas Zeller:** Vor meinem Einzug in den Nationalrat war ich gut zehn Jahre im kantonalen Parlament tätig. Auch stand ich während sechs Jahren der Kantonalpartei vor. Ich war also kein Quereinsteiger – ich wusste weitgehend, was mich in Flims erwartete. So gesehen verlief die Startphase ruhig und geordnet. Kurzum: Ohne negative Überraschungen und grösstenteils wie geplant.

Ich habe mir für die erste Session zwei Ziele gesetzt: Einerseits wollte ich die Besonderheiten des Parlamentsbetriebs auf eidgenössischer Ebene kennen lernen, und andererseits war ich bestrebt, möglichst schnell ein persönliches Beziehungsnetz über die eigene Fraktion hinaus zu knüpfen. Beides ist mir (so glaube ich mindestens) sehr gut gelungen. Beim Aufbau dieser persönlichen Kontakte habe ich allerdings davon profitiert, dass in Flims praktisch alle Ratsmitglieder «rund um die Uhr» anwesend waren, was in Bern deutlich weniger der Fall sein soll. Mit anderen Worten: Mir kam der «Sonderfall Flims» entgegen – für mich war die Bündner Session ein idealer Einstieg.

*Sie haben ihre erste Session hinter sich. Welche Eindrücke nehmen Sie mit?*

Überwiegend positive. Ganz besonders beeindruckt hat mich die enorme mediale Präsenz. Im Kantonsrat war die Medienarbeit zur Hauptsache die Angelegenheit der Fraktionsspitze. In Bundesbern dagegen kämpft praktisch jedes Ratsmitglied permanent um Medienprä-



**Andreas Zeller bei der Arbeit in Flims.**

senz. Manchmal wirklich der Sache zuliebe – manchmal aber auch nur zur Befriedigung des eigenen «Egos».

Als kantonaler Parlamentarier hatte ich nicht selten das Gefühl, Themen behandeln zu müssen, welche kaum jemanden interessierten. Im Bundesparlament geht nun aber auch bei den Themeninhalten die Post ab. Oder anders ausgedrückt: Praktisch alle Sorgen Themen unserer Bevölkerung werden in Bern (oder dieses Mal in Flims) entschieden. Das hat mich besonders beeindruckt – das hat mich zusätzlich motiviert.

*In Flims wurde viel gearbeitet – trotzdem blieb sicher auch ein wenig Freizeit. Wie war die Stimmung in Flims?*

Die Art und Weise, wie wir in Flims aufgenommen worden sind, war herzlich und sympathisch zugleich. Wir waren für die einheimische Bevölkerung offensichtlich

willkommene und gern gesehene Gäste im besten Sinne des Wortes. Fast jeder Wunsch wurde einem von den Lippen abgelesen. Diese «Rundum-Betreuung», gepaart mit den vielen Annehmlichkeiten eines 5-Stern-Hotels, führten dazu, dass ich praktisch nur aufgestellten Leuten begegnet bin.

Ich hoffe, dass es uns Ratsmitgliedern auf den verschiedenen Ausflügen in die einzelnen Regionen gelungen ist, zumindest einen Teil dieser Sympathien zurückzugeben. Damit wäre ein wesentliches Ziel dieser besonderen Session erfüllt – dann hätte es auf allen Seiten nur Sieger gegeben.

*Was hat Sie negativ berührt? Welche Anliegen haben Sie an den Nationalrat?*

Der formelle Ablauf eines spezifischen Sachgeschäftes, nämlich die Änderung der Armeeorganisation, hat bei mir einen doch eher zwiespältigen Eindruck hinterlas-

sen. Da wurde auf das Geschäft mehr oder weniger vorbehaltlos eingetreten und anschliessend einen ganzen Vormittag engagiert diskutiert, um es dann in der Gesamtabstimmung in einer unheiligen Allianz (bestehend aus SVP und linksgrünem Lager) bachab zu schicken. Und dies auf der Grundlage zweier völlig verschiedener armeespezifischer Weltbilder. Das war schon fast unredlich – das war und ist aber mit Bestimmtheit völlig ineffizient. Hier wäre formell wie inhaltlich Handlungsbedarf angesagt. Nur wird das wohl ein Wunschdenken bleiben – zumindest bis die nächsten Wahlen vorbei sind.

*Was erwarten Sie von der nächsten Session?*

In meiner ersten Session habe ich getreu dem Grundsatz «Luege – lose – rede» vorwiegend beobachtet. Die Spielregeln wollen es nun aber, dass ich als Mitglied der Finanzkommission in der Wintersession anlässlich der Behandlung des Budgets 2007 wohl erstmals im Plenum zum Sprechen komme – also aktiv in die Debatte eingreifen kann. Bei diesem Geschäft hat für mich die Forderung nach einem «schwarzen Abschluss», verbunden mit der Möglichkeit des anschließenden Schuldenabbaus, oberste Priorität. Dieser Zielsetzung möchte ich in der nächsten Session zum Durchbruch verhelfen – wohl wissend, dass dies keine leichte Aufgabe werden wird. Denn: Je besser die Zahlen, desto grösser die Versuchung, bei der Ausgabendisziplin nachzulassen. Und trotzdem muss es gelingen!

**Das Interview führte «Freisinn»-Redaktorin Eliane Gnägi.**

## Ein grosses Bravo an Fulvio Pelli für seinen Mut

Anlässlich der schweizerischen Delegiertenversammlung vom 14. Oktober 2006 in Sempach hat unser Präsident, Herr Fulvio Pelli, in seiner Eröffnungsansprache politische Grösse gezeigt. Er hat den Mut gefasst und die Medien, vor allem das Schweizer Fernsehen, an ihre Aufgabe erinnert, die heisst: «objektive Information».

Damit hat er uns Delegierten (über 200) aus dem Herzen gesprochen. Denn seine fulminante Rede wurde mehrmals mit vollem zustimmendem Beifall unterbrochen, und am Ende war der Applaus nicht mehr zu stoppen.

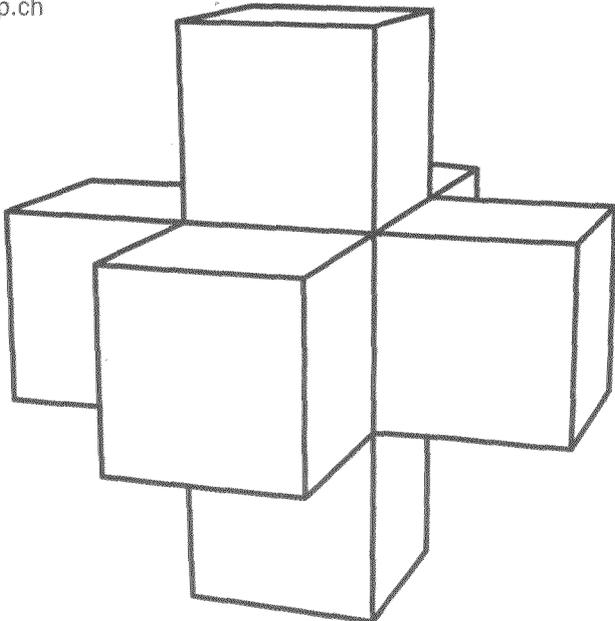
Und nun, was passierte am selben Abend anlässlich der «Tagesschau» beim Schweizer Fernsehen? Parlamentarier wurden von einem Journalisten über ihre Meinung befragt. Statt unseren Parteipräsidenten voll zu unterstützen, kritisierten sie Herrn Pelli und meinten sogar, dass er die Sendung nicht hätte «boykottieren sollen».

Als ich das hörte, stelle ich mir einige Fragen: Wo haben diese Kritiker aus den eigenen Reihen ihr politisches Gespür? Wo waren sie, als die über 200 Delegierten die Ansprache des Parteipräsidenten voll akzeptierten und mit Applaus immer wieder unterbrachen? Sie haben uns Delegierte ignoriert und vor den Kopf gestossen. Sie streben an, sich die Wahlen von 2007 zu sichern. Sie sind für mich keine Volksvertreter mehr.

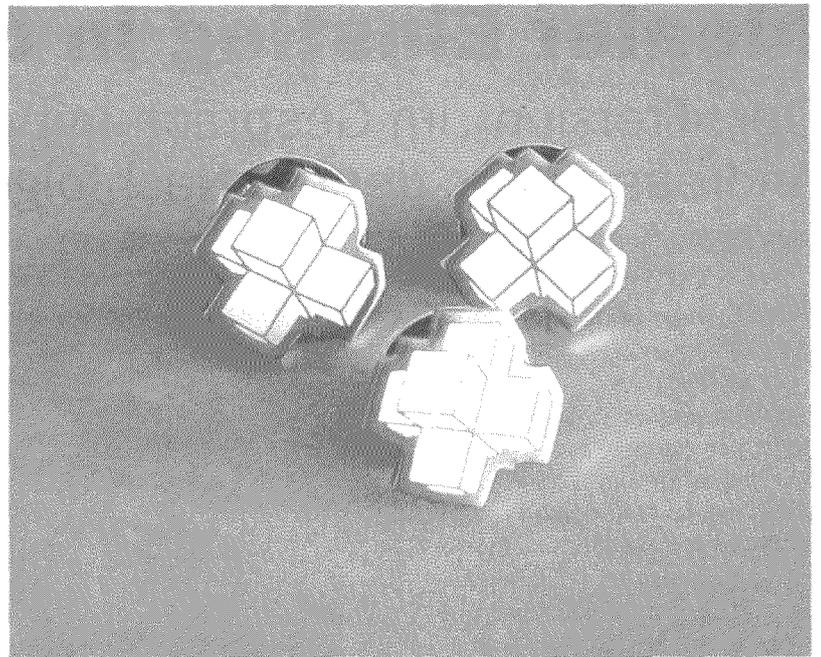
**Jean-Pierre Charles, Bern**  
(Delegierter FDP Schweiz für die Romands des Kantons Bern)

### Schreiben Sie uns:

FDP Schweiz  
Redaktion «Freisinn»  
Postfach 6136  
Neuengasse 20  
300 Bern  
gnaegi@fdp.ch



### Gadgets



### FDP-Pin

**Klein, fein und chic – der FDP-Pin!**

Preis: Fr. 3.–/St. zuzüglich Porto und Verpackung



### Feuerzeug

**Entzünden Sie ein Feuer!  
Am liebsten bei unserer (zukünftigen) Wählerschaft!**

Preis: Fr. 50.–/50 St. zuzüglich Porto und Verpackung

Bestelladresse: FDP Schweiz, Erwin Aebischer, Postfach, 3001 Bern,  
E-Mail: aebischer@fdp.ch, Tel. 031 320 35 25

## e-Health – Chance packen und Vertrauen schaffen!

Der Bundesrat hat im Rahmen seiner Strategie für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz vorgesehen, eine separate nationale e-Health-Strategie vorzulegen. Aus Sicht der FDP wird dieses Bekenntnis zur gezielten Anwendung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) im Gesundheitsbereich sehr begrüsst.

Von **Felix Gutzwiller**,  
Nationalrat ZH

Gemäss aktuellen Erhebungen figuriert die Schweiz im internationalen Vergleich in den vordersten Rängen, was den Entwicklungsstand im IKT-Bereich betrifft. Mit Blick auf die Demographieentwicklung und den in unserem Land immer mehr an Bedeutung gewinnenden Teilarbeitsmarkt im Gesundheitswesen drängt es sich geradezu auf, die Akteure im Gesundheitsbereich sowie die Patientinnen und Patienten an den neuen Technologien teilhaben zu lassen.

Die Versichertenkarte, welche nur administrative Daten enthält und deren Einführung im Jahr 2008 vorgesehen ist, ist ein erster Schritt zur Technologisierung des Gesundheitswesens. Während elektronische Gesundheitskarten im Ausland bereits weit verbreitet sind, kommt die Diskussion darüber in der Schweiz erst jetzt richtig in Gang. Die Ursache dafür liegt jedoch nicht im Bereich der Technologie; es ist vielmehr eine kulturelle Frage, ob und wie weit sich die Branche sowie die Bevölkerung für die im Rahmen von e-Health möglichen Reformen öffnen wollen. Die Gesundheitskarte entspricht einem elektronischen Patientendossier, das einen raschen Zugriff auf persönliche Gesundheitsdaten sowie auch auf Röntgenbilder oder Untersuchungsergebnisse ermöglicht. Für die allfällige Skepsis seitens der Versicherten sind in erster Linie Befürchtungen bzgl. des Datenschutzes auszumachen, oder anders gesagt: es muss gewährleistet sein, dass die persönlichen Informationen und medizinischen Daten – im Sinn und Geist des Arzt-

geheimnisses – keinesfalls in falsche Hände geraten. Auch wenn die Technologie im Bereich des Datenschutzes grosse Fortschritte gemacht hat, so ist es letztlich doch eine gesellschaftspolitische Frage, wie lange es dauert, bis die Bevölkerung den Errungenschaften von e-Health ihr Vertrauen schenkt.

e-Health besteht jedoch nicht nur aus Gesundheitskarten, auch wenn diese in der gängigen gesundheitspolitischen Diskussion ein Haupttraktandum darstellen. Dank elektronischer Instrumente kann auch die Vernetzung zwischen den Gesundheitsfachleuten verbessert werden, und medizinische Dienstleistungen aus der Ferne, wie beispielsweise die Telemedizin, könnten zu einem wichtigen Bestandteil der medizinischen Grundversorgung werden. Aus liberaler

Sicht sind all diese Entwicklungen sehr zu begrüssen.

Die Innovationen im Bereich von e-Health bringen für die Schweiz aber auch noch weitere positive Begleiterscheinungen zutage: Während sich der Staat von e-Health Einsparungen in Millionenhöhe erhofft, erschliesst sich Lösungsanbietern, Hardware-Lieferanten und Serviceanbietern ein neues Geschäftsfeld. Im Weiteren könnten gewisse Reformen des Gesundheitssystems auf Gesetzesesebene durch eine vermehrte Anwendung von e-Health-Instrumenten begünstigt werden. Als Beispiel sei hier die konsequente Förderung von Ärztenetzwerken und anderen Managed-Care-Modellen genannt, bei welchen ein rascher und effizienter Austausch von Patientendaten von grosser Bedeutung ist, damit die

Patientinnen und Patienten vom Hausarzt über die Spezialistin bis hin zur stationären Behandlung betreut werden können. Zu guter Letzt sollen auch die neuen Informationskanäle zum Thema Förderung und Schutz der Gesundheit Erwähnung finden, mittels deren die Gesundheitsprävention der Bürgerinnen und Bürger gefördert werden kann.

Seitens der Politik müssen wir nun die Chance nutzen und mit Hilfe einer transparenten Information sowie einem möglichst breiten Dialog das Vertrauen der Bevölkerung für die neuen e-Health-Technologien gewinnen. Dies liegt im Interesse einer zukunftsgerichteten und gesunden Schweiz!

## Kurz und bündig

### IV-Revision unter Dach und Fach

Das Ja der Eidgenössischen Räte zum materiellen Teil der Revision der Invalidenversicherung ist ein Grosse Erfolg, der von der FDP initiiert wurde. Die 5. IV-Revision ist eine gute Revision, die für viele Menschen die rechtzeitige Wiedereingliederung in die Arbeitswelt ermöglicht. Zahlreiche Massnahmen werden in Zukunft dafür sorgen, dass die Erfassung der von Invalidität betroffenen Personen frühzeitig geschieht. Damit ist gewährleistet, dass diese nicht während Monaten und Jahren aus dem Arbeitsprozess gerissen werden

und danach kaum mehr eingegliedert werden können. Nun bleibt abzuwarten, ob das Referendum gegen diese sinnvolle Revision zustande kommt.

### Prämienrunde 2006

Die Massnahmen des Bundesrates tragen Früchte: Die Prämienrunde 2006 zeigt wiederum eine durchschnittlich moderate Wachstumsrate. Der Handlungsbedarf auf Verfassungs- und Gesetzesstufe bleibt aber beträchtlich. Untaugliche Initiativen von SP und SVP versperren bisher den Weg für eine kostenbewusste liberale Gesundheitspolitik. Die FDP schlägt eine

liberale Gesundheitsverfassung vor. Durchschnittlich 2,2 Prozent Prämienwachstum für die Grundversicherung – somit ist die Prämienrunde 2006 die kleinste seit zehn Jahren. Der erfreuliche Trend zur Dämpfung des Kostenwachstums im Gesundheitswesen ist Ergebnis zielführender Massnahmen des Departements des Innern unter Führung von FDP-Bundesrat Pascal Couchepin. Nach Jahren der Scheinpolitik und der Verzögerung von Reformen unter seinen Vorgängern hat der freisinnige Sozialminister den Trend umkehren können.

## Harmonisierung bedeutet nicht Gerechtigkeit!

Ein Nein zur Giesskannenlösung ist ein Ja zu einer Familienpolitik, die Chancen bietet und Gleichstellung fördert. Argumente gegen das Bundesgesetz über die Familienzulagen aus liberaler Sicht.

**Von Petra Studer, stv. Leiterin  
Fraktion und Politik der FDP  
Schweiz**

Das Bundesgesetz über die Familienzulagen, über das wir am 26. November 2006 abstimmen werden, hat eine materielle Harmonisierung der Kinderzulagen zur Folge. Währenddem die formelle Harmonisierung nach dem Prinzip «ein Kind – eine Zulage» begrüsst wird, ist die einheitliche Festlegung von Mindestansätzen (200 Franken Kinderzulage, 250 Franken Ausbildungszulage) nicht automatisch mit Gerechtigkeit gleichzusetzen. In einem föderalistischen System können gleiche Kinderzulagen bei unterschiedlichen Lebenshaltungskosten (Preis- und Lohnniveaus) in den Kantonen sogar Ungerechtigkeiten hervorrufen. Solange wir in den Kantonen verschiedene und anders gewichtete Massnahmen zur Familienentlastung kennen (wie z. B. unterschiedliche Ansätze bei kinderbedingten Steuerabzügen oder der Krankenkassenprämienverbilligung), ist eine landesweit einheitliche Festsetzung der Kinderzulagen keine



**Petra Studer**

effiziente Lösung. Das Geld würde mit der Giesskanne verteilt, anstatt gezielt dort unter die Arme zu greifen, wo effektiver Unterstützungsbedarf besteht. Die materielle Familienunterstützung kann nur dann zielführend sein, wenn die Leistungen zum einen bedarfsgerecht ausgerichtet werden und sie zum andern auch eine gewisse Steuerung im Bereich der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik (wie Beschäftigungsanreize oder die Entlastung der Sozialhilfe) ermöglichen, was beim vorliegenden

Kinderzulagengesetz leider nicht der Fall ist.

Familien mit Kindern leiden in der Schweiz in erster Linie unter dem Umstand, dass es an familienexternen Kinderbetreuungsangeboten und familienfreundlichen Schulstrukturen mangelt. Die Ermöglichung der Erwerbstätigkeit beider Elternteile respektive alleinerziehender Eltern ist der effizienteste Weg, Familien mit Kindern zu unterstützen, so wie auch nur Unterstützungsmodelle mit Arbeitsanreizen das Phänomen der «Working Poor» nachhaltig bekämpfen können. Leistungen der öffentlichen Hand sollen sich somit auf ein ausreichendes Angebot an Betreuungsplätzen konzentrieren sowie auf eine gezielte steuerliche Entlastung der Eltern.

Nicht zuletzt sei auch betont, dass das bestehende System der Kinderzulagen mithilft, das traditionelle Rollenverständnis in den Familien zu zementieren. Aus liberaler Sicht dürfen wir uns jedoch neuen Systemen nicht verschliessen, welche die Chancen beider Elternteile unter Berücksichtigung der Wahl-

freiheit verbessern und somit einen echten Beitrag zur Realisierung der Gleichstellung leisten. So sollte z. B. die Einführung von Kinderbetreuungsgutschriften, welche von der Erwerbstätigkeit der Elternteile abhängig sind, ernsthaft geprüft werden. Die mit Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse des föderalistischen Systems auf kantonaler Ebene auszurichtenden Kinderbetreuungsgutschriften hätten insbesondere für die Mütter einen Arbeitsanreiz zur Folge. Würde sich ein solches Modell in der Praxis bewähren, so könnte man längerfristig gar den Ersatz des heutigen Kinderzulagensystems durch nachfrageorientierte Betreuungsgutschriften in Erwägung ziehen.

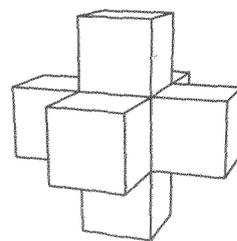
Ein Nein zum Bundeskinderzulagengesetz am 26. November 2006 ist somit auch ein Ja zur Türöffnung für liberale familienpolitische Rezepte in einer wachsenden, offenen und gerechten Schweiz!

Wort des Monats

### Innovation

Das Wort stammt vom lateinischen «innovatio», «etwas neu Geschaffenes» ab. Innovation, immer wieder Neues schaffen, ist die Grundlage für den Erfolg der Schweiz. Die Schweiz ist auf dem Weltmarkt nur mit innovativen Produkten konkurrenzfähig. Damit Innovation entstehen kann, braucht es ein kreatives Klima und eine For-

schungsoffensive. Die Schweiz muss zum Forschungsmagnet werden. Forschung baut in unserem Land Zukunft. Verheerend sind hingegen sämtliche Verbote für neue Technologien. Solche Verbote führen dazu, dass unmittelbar Arbeitsplätze in der Forschung verloren gehen.

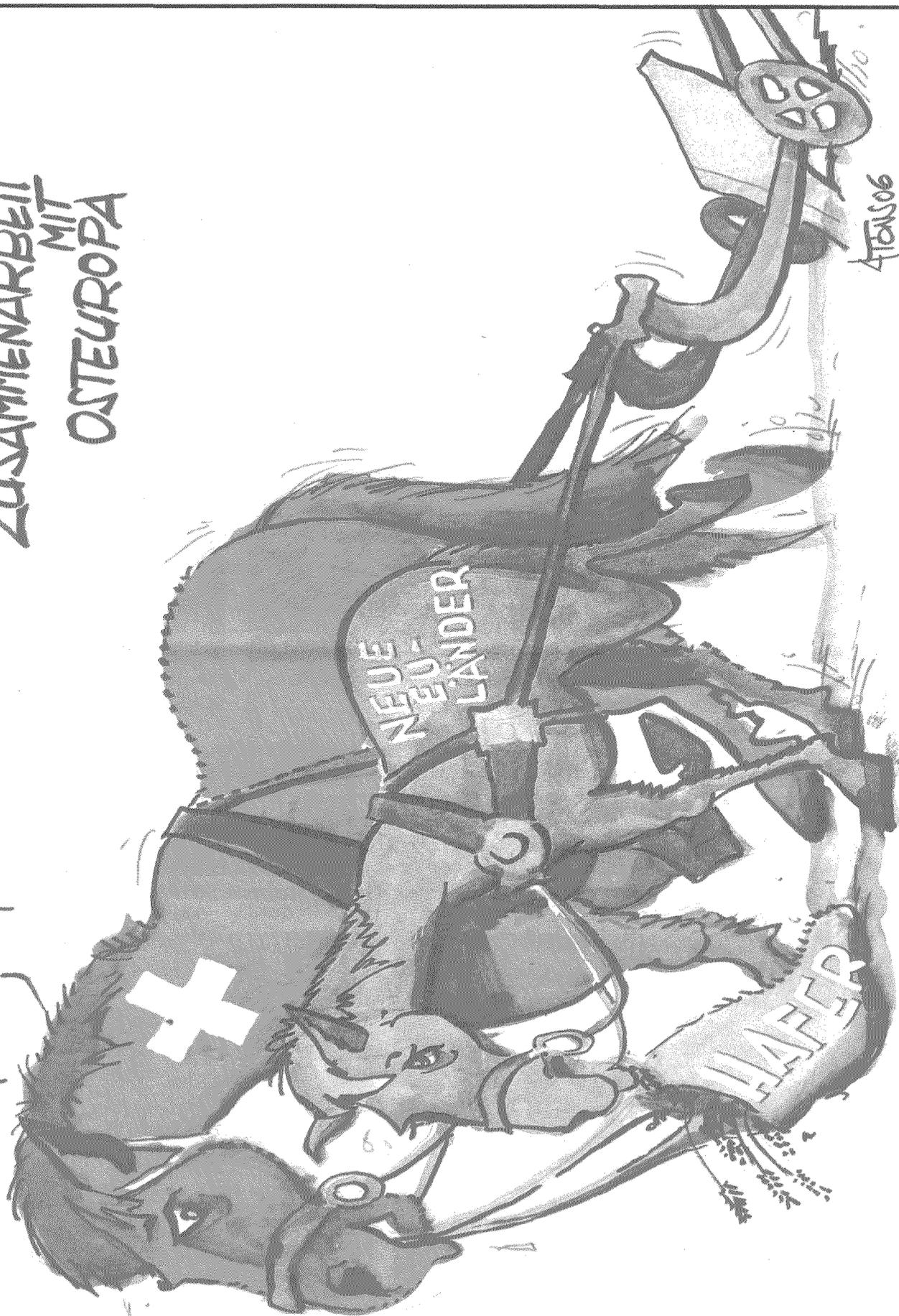


**Parole der FDP Schweiz zu den  
Bundeskinderzulagen: Nein**

Die Parole wurde anlässlich der Parteipräsidentenkonferenz vom 13. Oktober 2006 in Luzern gefasst.

# ZUSAMMENARBEIT MIT OSTEUROPA

SCHÖ RÄCHT,  
IST JA NICHT GANZ  
UNEIGENNÜTZIG!



Delegiertenversammlung

## Eine energiegeladene Delegiertenversammlung

An der Delegiertenversammlung vom 14. Oktober 2006 in Sempach stand die Energiepolitik im Zentrum. Wie viel Energie wird in den kommenden Jahren benötigt, respektive wie kann der Verbrauch gesenkt werden? Welche Energiequellen sollen verwendet werden, respektive wie soll die benötigte Energie produziert werden? Fragen, auf die in Sempach eine Antwort gefunden wurde.

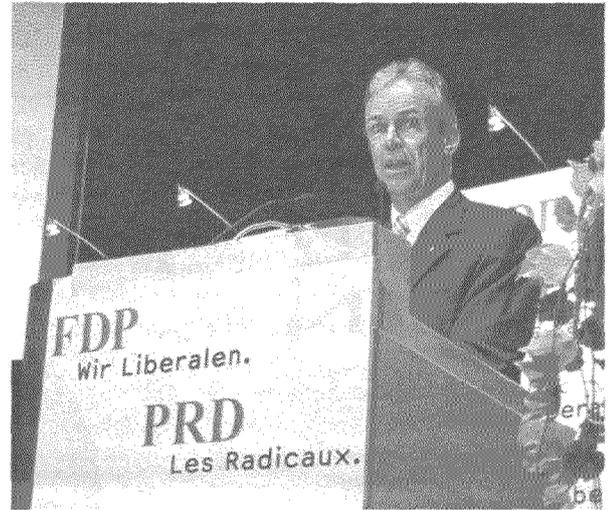
Nachdem die Delegiertenversammlung vom Entlebucher Brass Ensemble eröffnet worden war, kam es vor den politischen Geschäften zu einer freudvollen Preisübergabe. Bundesrat Hans-Rudolf Merz durfte den Unternehmerinnenpreis 2006 des Kantons Luzern an Beatrix Meier und Renate Ruckstuhl von «Terra Alta» übergeben. Emotional berührt, nahm Lisa Gehrig-Grob ihren Preis für ihr ausserordentliches Lebenswerk entgegen.

Fulvio Pelli erntete für seine kritische und energiegeladene Rede einen fast endlosen Applaus von den Delegierten. Durch das Programm führten Erika Forster, Ständerätin SG, und Nationalrat Ruedi Noser, ZH. Beide moderierten eine der spannenden und aufschlussreichen Podiumsdiskussionen.

Mit der Verabschiedung des Positionspapiers «Nachhaltige Energiepolitik setzt auf Innovation» haben sich die Delegierten für eine verant-



Das Entlebucher Brass-Ensemble eröffnete die Delegiertenversammlung musikalisch.



Max Pfister, Regierungsrat LU, bei seiner Eröffnungsrede.

wortungsvolle, aber auch mutige Energiepolitik entschieden. Mit den Forderungen nach einer hohen Versorgungssicherheit in der Stromversorgung sowie eine CO<sub>2</sub>-arme Stromproduktion wurde ein klares Bekenntnis zum heutigen Strom-Mix

abgegeben. Die Wasserkraft soll besser genutzt werden. Der Anteil neuer erneuerbarer Energien ist zu erhöhen und die verbleibende Lücke mit Kernenergie zu decken. Damit wird ein wichtiger Beitrag zu einer verantwortungsvollen Energiepolitik

geleistet. Ziel ist eine Erhöhung des Anteils der neuen erneuerbaren Energie auf 7% bis 2020 und auf 10% bis 2030. Aus klimapolitischen Gründen haben die Delegierten dem Einsatz von Anlagen, die fossile Brennstoffe zur Stromproduktion



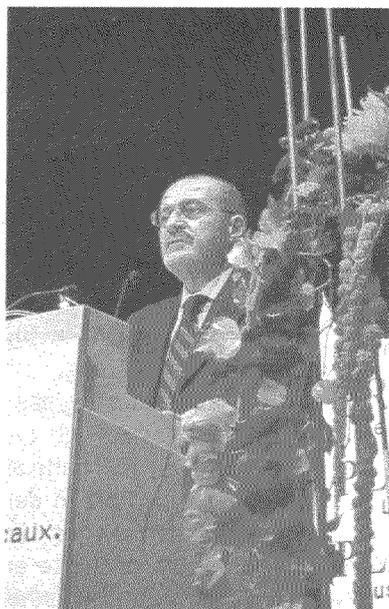
Georges Theiler, Nationalrat LU, Heinz Karrer, CEO Axpo, Moderator Ruedi Noser und Peter Beyeler, Regierungsrat AG und Präsident Minergie Schweiz (v.l.n.r.).



Martin Pfisterer, BKW, Rudolf Steiner, Nationalrat SO, Moderatorin Erika Forster, Peter Flück, Präsident der Energiekommission des Kantons Bern, und Thomas Vellacott, WWF Schweiz (v.l.n.r.).

verwenden, eine Absage erteilt. Mit Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in den Bereichen Mobilität und Raumwärme haben die Freisinnigen daran erinnert, dass ein effizienter Energieeinsatz die Ressourcen, die Umwelt und auch die Finanzen schont. Dazu wurden aufkommensneutrale Lenkungsabgaben als angemessene Instrumente des Marktes gutgeheissen, um Anreize zur Erreichung der energiepolitischen Ziele zu schaffen.

Damit haben die Delegierten die Leitplanken für die künftige freisinnige Energiepolitik gesetzt. Die Umsetzung dieses Positionspapiers wird nun mit der Entwicklung eigener Projekte sowie der Einreichung von Vorstössen auf verschiedenen Ebenen erfolgen.



Parteipräsident Pelli bei seiner fulminanten Ansprache.



Haben allen Grund zum Anstossen. Das «Luzerner OK» kann auf eine erfolgreiche Delegiertenversammlung zurückblicken.



Schenkte beim Abendessen trotz gutem Service selber ein – Parteipräsident Fulvio Pelli.



Das gibt Energie! Herbert Widmer, Präsident FDP Kanton Luzern, stärkt sich mit frischem Apfelsaft.

## Nein zu Bundeskinderzulagen

Die FDP lehnt das Bundesgesetz über die Familienzulagen, über welches am 26. November abgestimmt wird, ab. Die Konferenz der kantonalen Parteiprääsidenten hat diesen Entscheid am 13. Oktober gefällt.

Familienzulagen sind nur ein Element der Familienpolitik; andere Mittel sind beispielsweise die Verfügbarkeit von Tagesschulen und Kinderkrippen. Da es in allen Kantonen andere Regelungen gibt, erfolgt die Ausrichtung der Kinderzulagen heute auf kantonaler Ebene. Dadurch kann auf die kantonalen Gegebenheiten Rücksicht genommen werden. In die Berechnung der Kinderzulagen sind nämlich auch alle anderen Vergünstigungen für Familien mit Kindern und die unterschiedliche Kaufkraft einzubeziehen. Da diese von Kanton zu Kanton verschieden sind, bringen identische Kinderzulagen für alle sechsundzwanzig Kantone nicht mehr Gerechtigkeit, sondern führen zu neuen Verzerrungen und Ungerechtigkeiten.

Netzwerkveranstaltung

## Vernetz dich mit Erfolg!

Impressionen der dritten Netzwerkveranstaltung der FDP-Frauen Schweiz am 28. Oktober 2006 in Zürich

FDP-Frauen-Präsidentin Marianne Dürst freute sich, dass sie mehr als 80 Teilnehmerinnen (und einzelne Teilnehmer) zur 3. Netzwerkveranstaltung in Zürich begrüßen durfte. Der diesjährige Event stand ganz im Zeichen des «Erfolgs» und

konnte mit einer illustren Gästeliste aufwarten. Neben der Zürcher Stadträtin Kathrin Martelli referierten die ETH-Psychologin Dr. Enikő Zala-Mező und die PR-Beraterin Marion Tarrach. Hauptgast war AKRIS Chefdesigner Albert

Kriemler. Der Schweizer Couturier verriet sein Erfolgsrezept.

In ihrer Begrüßungsansprache liess die Glarner Regierungsrätin keinen Zweifel aufkommen, dass sie an der Erfolg der FDP glaubt. «Denn», so Dürst, «die FDP hatte allen Unkenrufen zum Trotz in den vergangenen Monaten sehr wohl Erfolge zu feiern.» Sie erinnerte an die Wahl von Ursula Gut und Esther Gasser in den Zürcher respektive den Obwaldner Regierungsrat, aber auch an ihre eigene Wiederwahl im Februar, die angesichts der Verkleinerung des Glarner Regierungsrats alles andere als eine Selbstverständlichkeit war. Ebenso betrachte sie es als Erfolg, dass die Wunschkandidatin der FDP-Frauen, Nationalrätin Gabi Huber, ins Amt der Vizepräsidentin der FDP Schweiz gewählt wurde, und sie verwies auf die jüngst erfolgte triumphale Nominierung von Jacqueline de Quattro zur Waadtländer Regierungsratskandidatin. Ein klarer Erfolg sei auch das Abschneiden der FDP-Exponentinnen beim kürzlich von der

NZZ am Sonntag publizierten Liberalitäts-Rating. Dieses Rating bestätige, dass die FDP-Frauen ihrem Anspruch, die einzige liberale Frauenlobby zu sein, mehr als gerecht werden. «Keine Frauengruppe vertritt die Anliegen der selbstbewussten, modernen und aufgeschlossenen Frau besser als die FDP-Frauen Schweiz», unterstrich Marianne Dürst. «Aus dem Rating geht wissenschaftlich erhärtet hervor, dass die freisinnigen Nationalrätinnen mit Abstand die liberalsten sind. Auf Platz 2 (Christa Markwalder Bär), auf Platz 4 (Marianne Kleiner), auf Platz 5 (Gabi Huber), auf Platz 8 (Christine Egerszegi-Obriest) und auf Platz 11 (Laura Sadis) finden sich die Vertreterinnen der FDP-Frauen – weit vor allen anderen Frauen im Nationalrat. Für mich ein unbestreitbarer Erfolg und eine Bestätigung, dass wir auf dem richtigen Weg sind.»

Auch die Resultate der Wahlen im Kanton Jura mit dem hervorragenden Abschneiden des freisinnigen Kandidaten Michel Probst



Bild: Keystone

**Pierre Rom:  
Die Frau in der Politik**

*Der Kampf der Frauen um ihre politischen Rechte aus freisinniger Sicht*

In seinem Buch «Die Frau in der Politik» beleuchtet Pierre Rom, der die ersten Jahren nach der Einführung des Frauenstimmrechtes als Zentralsekretär der FDP des Kantons Bern miterlebt hat, die Entwicklung des Kampfes um die Rechte der Frauen in neuerer Zeit im Kanton Bern und in der Schweiz und geht den Ursprüngen der Frauenbewegungen nach.

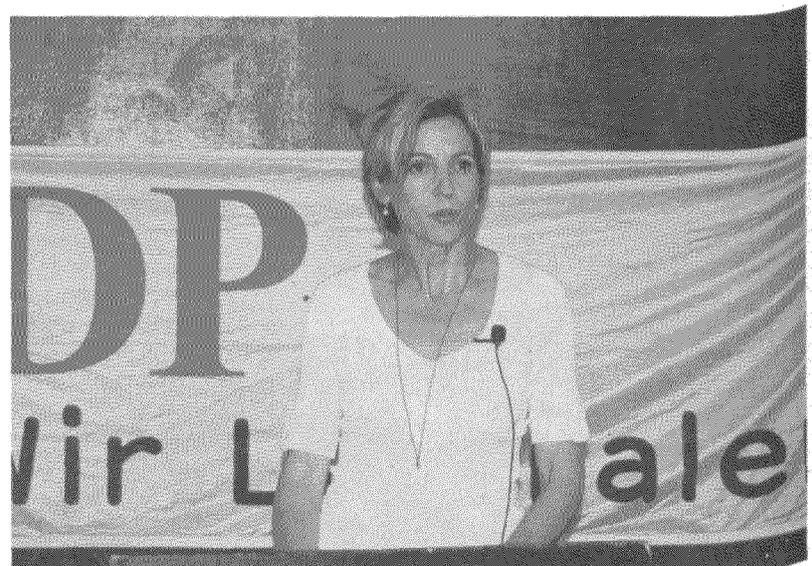
**Aus dem Inhalt:**

- Das Aufkommen der Frauenbewegungen
- Die Entwicklung in der Schweiz  
Der Bund Schweizerischer Frauen
- Die Einführung des Frauenstimmrechtes  
Das Frauenstimmrecht im Kanton Bern
- Die freisinnigen Frauen im Kanton Bern  
Auf dem Weg zur Integration
- Frauen und Freisinn
- Daten und Verzeichnisse

**Pierre Rom: Die Frau in der Politik – Der Kampf der Frauen um ihre politischen Rechte aus freisinniger Sicht**  
Juni 2006, 96 Seiten, ISBN 3-9522105-6-0, Preis Fr. 20.– + Versandkosten.

**Zu bestellen direkt beim Autor:**

Pierre Rom, Schützenmauerweg 12, 3322 Urtenen  
Tel. 031 859 07 35 oder E-Mail pierre.rom@bluewin.ch



**Die Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz, Regierungsrätin Marianne Dürst eröffnete die Netzwerkveranstaltung.**



**Eliane Gnägi vom Generalsekretariat als Moderatorin.**



**Patentrezepte für den Teamerfolg. Dr. Enikő Zala-Mező über ihre wissenschaftlichen Annäherungen an den Erfolg und sein Faktoren.**



**Von der Hausfrau zur Stadträtin – Kathrin Martelli über ihren persönlichen Weg zum Erfolg in der Politik.**

seien Beweis dafür, dass in der FDP Aufbruchstimmung herrsche. Entsprechend hielt sie fest «Sollte Probst der Einzug in die Jurassier Regierung im zweiten Wahlgang gelingen, so wäre die FDP ausser in Appenzell-Innerrhoden in allen Kantonen vertreten – und das als einzige Partei! Wenn das kein Erfolg sein soll!?»

**Erfolge feiern**

Doch Marianne Dürst zeigte sich auch selbstkritisch und bedauerte, dass die Freisinnigen selber nicht genug taten, um die Erfolge zu zelebrieren und diese in vollen Zügen auszukosten. Viel zu rasch würden wir zurück zur Tagesordnung kehren und uns dem nächsten Sachgeschäft widmen.

Doch was ist denn überhaupt Erfolg? Gibt es eine allgemeingültige,

objektive Definition, oder ist Erfolg primär ein subjektives Empfinden? Meyers Lexikon definiert den psychologischen Erfolg als ein von Anspruchsniveau und Leistungsmotivation bestimmtes Bestätigungserlebnis bei der geglückten Verwirklichung selbst gesteckter Ziele. Dieses Bestätigungserlebnis löst seinerseits wiederum eine positiv motivierende und anspruchsteigernde Wirkung aus.

**Frauenlauf als Erfolgserlebnis**

Dürst verwies auf das Beispiel Frauenlauf: «Die FDP-Frauen haben in diesem Jahr am Schweizer Frauenlauf teilgenommen. Über 30 freisinnige Frauen aus allen Landesteilen sind zusammengelassen und haben sich in einheitlichen Shirts mit der Aufschrift «FDP-Frauen in Bewegung» in den Walking- oder

Running-Disziplinen betätigt. Neben viel Spass beim Verteilen von rund 20 kg Traubenzucker unter die über 15 000 Läuferinnen hatten wir Frauen ein ganz konkretes kollektives und individuelles Erfolgserlebnis. Ein individuelles Erfolgserlebnis, weil jede von uns ein selbst gestecktes Ziel, wie das Laufen einer bestimmten Distanz oder einer bestimmten Zeit, gemeistert hat. Ein kollektives Erfolgserlebnis, weil wir motivierte, engagierte, gleich gesinnte Frauen kennen gelernt und echten Teamgeist gespürt haben. Dass das Erfolgserlebnis in der Tat eine positiv motivierende und anspruchsteigernde Wirkung hat, beweist die Tatsache, dass alle beteiligten Frauen unbedingt beim Frauenlauf 07 wieder dabei sein und auch andere Frauen mitbringen wollen. Das Gruppenbild vom Frauen-

lauf, welches wir für unseren Wahlkampf flyer 07 verwendet haben, zeugt von der positiven Kraft des Erlebten. Ich kann Ihnen deshalb nur hier und heute empfehlen, holen Sie die Joggingschuhe aus dem Keller oder besorgen Sie sich Walking-Stöcke und reservieren sie den 10. Juni 2007 – das Datum für den nächsten Frauenlauf!»

Auf der Agenda 2007 der FDP-Frauen Schweiz steht aber natürlich nicht nur der Frauenlauf. Das Jahr 2007 ist vor allem das Jahr der nächsten eidgenössischen Wahlen, und auch dafür haben sich die FDP-Frauen viel vorgenommen.

Mehr zur 3. Netzwerkveranstaltung lesen Sie im nächsten «Freisinn» oder über [www.fdp-frauen.ch](http://www.fdp-frauen.ch)



**Selbstbewusste Kommunikation als Erfolgsfaktor – Marion Tarrach referierte mit Engagement und Nachdruck.**



**Dress for Success! Barbara Perriard, Generalsekretärin FDP-Frauen Schweiz, im Gespräch mit Albert Kriemler, Chefdesigner Akris.**



**Tina Weber Hilgarth, Co-Präsidentin der FDP-Frauen Stadt Zürich, bedankte sich bei allen Referentinnen und bei Albert Kriemler.**

Abstimmung

## Investieren und gewinnen: JA zu den Bilateralen – JA zur Osthilfe

Warum sich die Investitionen im Rahmen der Zusammenarbeit mit Osteuropa für die Schweiz um ein Vielfaches lohnen.

Von **Adrian Ineichen**, International Officer der Jungfreisinnigen Schweiz

### JA zur Verteidigung unserer Interessen

Die Schweiz wird mit dem neuen Gesetz während 10 Jahren je 100 Mio. Franken ausgeben. Es geht hier jedoch nicht um selbstlose Entwicklungshilfe, sondern um handfeste Interessenpolitik. Das Gesetz über die Zusammenarbeit mit Osteuropa unterstützt den Aufbau freier und stabiler Märkte. Osteuropa verzeichnet zwar momentan hohe Wachstumszahlen, doch ist der Weg zu einem nachhaltigen, Sektoren übergreifenden Wachstum noch weit. Die Schweiz hat alles Interesse daran, dass die dortigen Märkte vergrössert werden, die Staatsbetriebe privatisiert und dereguliert werden. Boomt Osteuropa, kann sich die Schweiz daran beteiligen, amortisiert ihre Investition mit einem beachtlichen Pay-off.

### JA zur Festigung der bilateralen Beziehungen

Die Schweiz ist mit Europa eng verflochten. Wir brauchen zur Durchsetzung unserer Interessen eine wohlwollende Atmosphäre. Mit dem Osthilfegesetz wird die Schweiz als verantwortungsvoller Partner wahrgenommen. Von der Schweiz selbst ausgewählte und verwaltete Projekte, sei es im Bereich der Studienförderung, des Umweltschutzes oder der öffentlichen Sicherheit, tragen zur politischen und wirtschaftlichen Stabilität in diesen Ländern bei. Wir profitieren damit nicht nur von einem friedlichen, stabilen und wachsenden Osteuropa, sondern vertiefen langfristig un-

sere Allianzen, die wir in internationalen Gremien (IMF, Weltbank) als Trumpf ausspielen können.

Mit einem Ja zum Osthilfegesetz wird Druck aufgebaut, die gegenwärtigen Verzögerungen auf Seiten der EU bei der Ratifizierung von Schengen-Dublin mit der Schweiz zu beenden. Die enge Kooperation mit den osteuropäischen Staaten kann uns auch helfen, wenn weitere bilaterale Verträge zur Diskussion stehen und das «alte Europa» weniger zu Verhandlungen geneigt ist.

### JA zur Exportnation Schweiz

Das Osthilfegesetz ist im klassischen Sinne ein Instrument unserer klugen «open-door-policy». Es eröffnet Schweizer Unternehmen einen besseren, weniger bürokratischen Marktzugang in der Region mit dem schnellsten ökonomischen Wachstum in Europa. Wir können und wollen nicht abseits stehen. Es ist leicht vorauszusehen, dass sich das Exportvolumen weiter rasch vergrössern wird. Dies bedeutet für uns mehr Einkünfte, mehr Produktion und damit mehr Jobs in der Schweiz.

### NEIN zum ausserpolitischen Kasperli-Theater von AUNS und Co.

Die Gegner werfen mit Nebelpeptarden nur so um sich. SVP und andere behaupten fakenwidrig, dass es nach der Osthilfemilliarde noch weitere Zahlungen geben wird. Dies ist nicht der Fall; neue Zahlungen jenseits der Milliarde müssen vom Parlament beschlossen werden. Zudem kann das Osthilfe-Gesetz trotz damals voreiliger Calmy-Rey-Aktion nicht als EU-Erpressung betrachtet werden, sondern als reine

Investieren und gewinnen

Osthilfe

Rückfluss

**JA** zur Osthilfe am 26. November!

jungfreisinnige.ch

Wachsende Märkte - Besser für die Schweiz!

**JA** zur Osthilfe am 26. November!

jungfreisinnige.ch

Investition – wer was anderes behauptet, hat Tomaten auf den Augen. Dies erkennt man nicht zuletzt daran, dass die SVP ja nicht grundsätzlich gegen die Milliarde Franken, sondern nur gegen die Art der internen Finanzierung ist. Deshalb haben sie auch keine Legitimation, so ein Kasperli-Theater um das neue Gesetz zu machen, denn damit gefährden die Gegner der Vorlage die bisher erreichten Bilateralen Verträge, schaden der Export-

nation Schweiz und riskieren sogar Jobs in der Schweiz.

Die Jungfreisinnigen Schweiz werden unter der «main message» «Investieren und gewinnen» ihre Kampagne zur Unterstützung des Osthilfegesetzes führen.

**Besuchen Sie unsere Website!**

**www.jungfreisinnige.ch**

**jungfreisinnige schweiz**

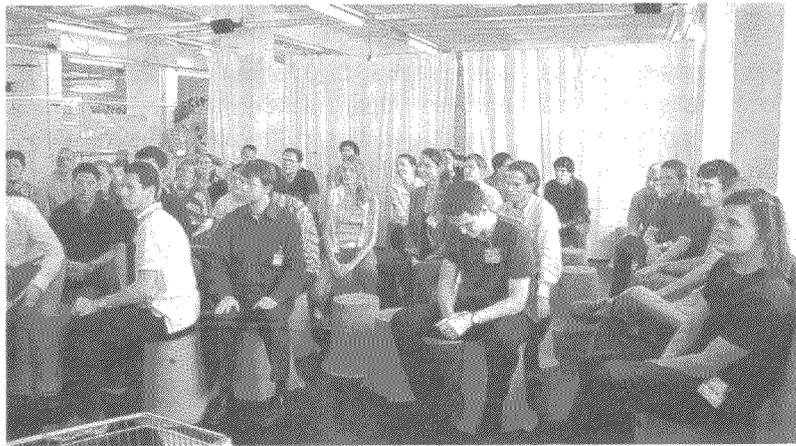
Wahlen 2007

## Die Jungfreisinnigen sind auf gutem Kurs

Die Jungfreisinnigen sind gut aufgestellt für die kommenden Wahlen und befinden sich voll im Zeitplan. Wir sind ein Jahr vor den Wahlen thematisch, konzeptionell wie auch personell gut vorbereitet für einen intensiven, spannenden und erfolgreichen Wahlkampf.

Die Vorbereitungen der Jungfreisinnigen Schweiz in Sachen Wahlkampf 2007 schreiten zügig voran. Am 16. September organisierten die Jungfreisinnigen in Zusammenarbeit mit der renommierten Brainstore AG einen CreativeDay, einen mehrteiligen Workshop zur Gewinnung von neuen Kampagnenideen. Gut 40 Jugendliche, Jungfreisinnige und Externe, sind der Einladung gefolgt und haben in einem intensiven Nachmittag tausende Ideen für den Wahlkampf der Jungfreisinnigen entwickelt. Noch ist nicht alles ausgewertet, dennoch haben wir an der letzten Wahlkampfleitersitzung bereits die ersten Entwürfe zeigen können, die mehrheitlich auf positives Echos stiessen.

Immer mehr Sektionen ernennen auch ihren Wahlkampfleiter (leider



Kreatives Brainstorming unter den jungfreisinnigen.

bisher noch keine Leiterin!). Zum heutigen Zeitpunkt erwarten die jfs zwischen 12 und 14 Sektionen, die mit einer eigenen Liste zu den Nationalratswahlen antreten werden. Die JFDP AG haben ihre Kandida-

tinnen und Kandidaten bereits nominiert, wie auch die Jungfreisinnigen Graubünden, welche ihre Listenplätze am 21. Oktober 2006, genau ein Jahr vor den Wahlen, vergaben. Auch bei den TopShots wird

es langsam konkreter – mehr ver-raten können wir aber nicht.

Anlässlich des Wahlkampfleitertreffens am 7. Oktober wurden die Organisationsstruktur, die Aktivitätsfelder sowie der grobe Rahmen der Finanzmittel pro Gebiet durch die Kantone bestätigt. Auch vom Wahlkampfteam der jfs gibt es Positives zu berichten. Nach der interimistischen Leitung durch Adrian Michel hat Anfang Oktober nun Fabian Etter die Leitung des Teams für die weitere Konzeptualisierungsphase übernommen. Ab April 2007 wird dann Simon Hofstetter das Zepter übernehmen. Dank der guten Zusammenarbeit im Team wie auch mit dem gesamten Vorstand der jfs kann das Konzept reibungslos weitergeführt werden.

Wahlerfolg

## Der Jungfreisinnige Alain Thiébaud im Einwohnerrat Wohlen

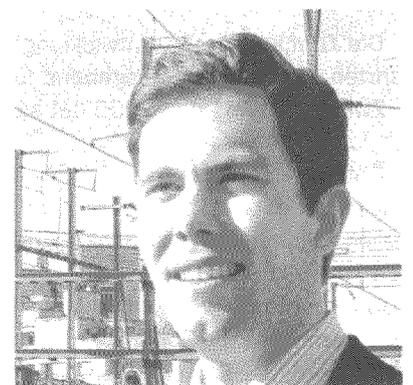
Der Sieg von Mathias Jauslin bei der Ersatzwahl um einen Gemeinderatssitz hat zur Folge, dass der Jurastudent Alain Thiébaud, 22, in den Einwohnerrat nachrutscht. Die Wahl in den Einwohnerrat verpasste er 2005 um 7 Stimmen nur hauchdünn.

Die Jungfreisinnigen Bezirk Bremgarten sind stolz, mit Alain Thiébaud in der Gemeinde Wohlen nun gleich in 2 Behörden (Einwohner-rat, Einbürgerungskommission) vertreten zu sein, nachdem die Auflösung der Jugendkommission zum Verlust eines Mandats führte.

Alain Thiébaud möchte als Angehöriger der von der Öffentlichkeit teils skeptisch wahrgenommenen Spezies «Jungpolitiker» fundierte Arbeit leisten und als

verlässlicher Partner aller Parteien auftreten, denn auf lokaler Ebene lassen sich Ideen nur breit abgestützt realisieren. Er legt Wert auf einen engen Kontakt zur Bevölkerung, sei es medial oder im direkten Gespräch. Als unkonventioneller und unabhängiger Politiker will Alain Thiébaud innovative Impulse einbringen zur Meisterung der zahlreichen neuen Herausforderungen, denen sich Wohlen als Zentrum der am schnellsten wach-

senden Aargauer Region stellen muss. Zur Frage des politischen Engagements Jugendlicher meint Alain, man solle die Jungen nicht zu stark drängen, die Interessierten aber ernst nehmen und ihnen eine Plattform bieten. Gerade daran mangle es innerhalb der FDP leider vielerorts. Er wünscht sich für die FDP, dass diese zu mehr Selbstvertrauen findet und die nötige Kraft aufbringt, um wirklich unabhängig aufzutreten.



Alain Thiébaud

Güterverkehr

# Ja zur Verlagerungspolitik – aber mit realistischen Massnahmen

Am 16. Oktober wurde die Vernehmlassung des Bundesrates zur Güterverkehrsvorlage abgeschlossen. Die FDP hat in ihrer Antwort ihre Unterstützung der von Volk und Ständen in zahlreichen Abstimmungen gutgeheissenen Verlagerungspolitik klar zum Ausdruck gebracht. Die Verlagerungspolitik befindet sich in einer entscheidenden Phase.

Die Verlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs auf die Schiene ist sinnvoll. Volk und Stände haben dieses Ziel in der Verfassung verankert und politisch mehrfach bestätigt. Der Vorentwurf zur Güterverkehrsvorlage genügt aber nicht, um das Verlagerungsziel zu erreichen. Die kommende Botschaft zur Güter-

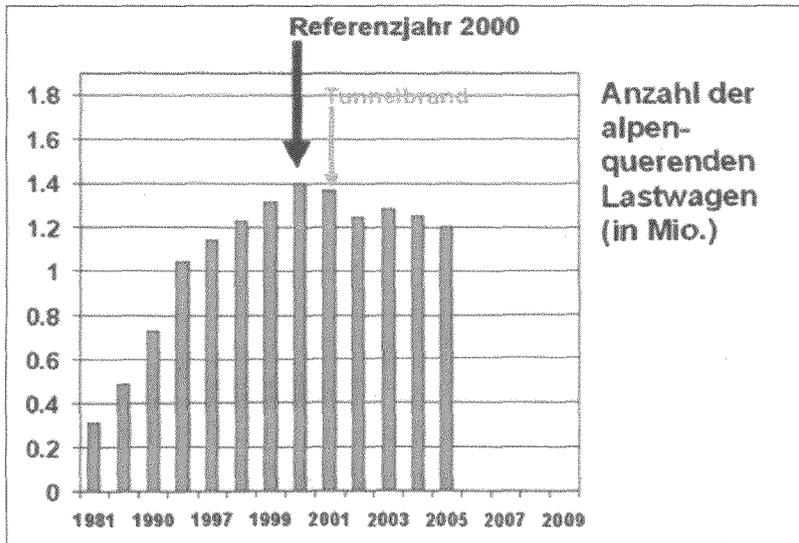
verkehrsvorlage muss ausreichende, realistische und sinnvolle Massnahmen vorschlagen. Es ist falsch, mit irgendwelchen Zahlen von Lastwagenfahrten Illusionen zu schüren. Der Bundesrat muss den Entwurf verbessern. Die Güterverkehrsvorlage kommt zum Schluss, dass das zahlenmässige Ziel (vom Parlament definiert:

650 000 Fahren pro Jahr durch die Alpen) nicht erreicht werden kann. In dieser Situation ist mehr nötig, als die bisherigen durch neue Zahlen über Lastwagenfahrten zu ersetzen, auf Wunder zu hoffen und einen Blankocheck für eine Alptransitbörse und eine neue Abgabe zu verlangen. Politik, die Probleme unserer Bevölkerung lösen

will, darf sich nicht in einem Zahlenkrieg verlaufen. Nötig ist eine Massnahmendiskussion. Die Botschaft muss zunächst eine umfassende Analyse aller getroffenen Massnahmen mit ihren Vor- und Nachteilen und ihren Kostenfolgen für den Staat und die Volkswirtschaft sowie eine Auslegeordnung der zusätzlich möglichen Mass-

### Alpenquerende Güterverkehrsfahrten

Die gesamte Entwicklung an den schweizerischen Alpenübergängen zwischen 1981 und 2005 sowie der aktuelle Zielwert der Verlagerungspolitik für das Jahr 2009 präsentieren sich wie folgt:



Die Grafik zeigt die Entwicklung der alpenquerenden Güterverkehrsfahrten. Diese sind massgebend für das Verlagerungsziel.

Zwischen 1981 und 2005 hat sich die Gesamttonnage der alpenquerenden Güter verdoppelt.

Gütermenge: Der «Modal Split», der prozentuale Anteil der Verkehrsträger an der Gütermenge (Tonnen), entwickelte sich seit 1980 kontinuierlich zugunsten der Strasse. Mit der Zulassung der 40-Tonnen-Lastwagen ab 2001 steigerte die Strasse ihre Produktivität nochmals. Im Jahr 2004 konnte die Schiene erstmals seit längerem wieder Marktanteile gewinnen. Im Jahr 2005 konnte trotz Erhöhung der Gewichtslimite der Marktanteil der Schiene bei 65 Prozent stabilisiert werden.

Quelle: Bundesamt für Verkehr

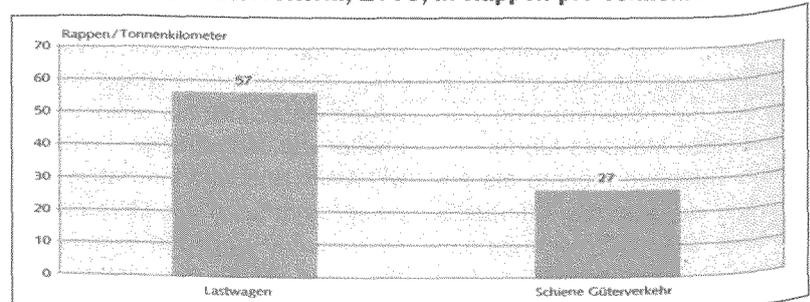
### Art. 84 Alpenquerender Transitverkehr

- 1 Der Bund schützt das Alpengebiet vor den negativen Auswirkungen des Transitverkehrs. Er begrenzt die Belastungen durch den Transitverkehr auf ein Mass, das für Menschen, Tiere und Pflanzen sowie ihre Lebensräume nicht schädlich ist.
- 2 Der alpenquerende Gütertransitverkehr von Grenze zu Grenze erfolgt auf der Schiene. Der Bundesrat trifft die notwendigen Massnahmen. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn sie unumgänglich sind. Sie müssen durch ein Gesetz näher bestimmt werden.
- 3 Die Transitstrassen-Kapazität im Alpengebiet darf nicht erhöht werden. Von dieser Beschränkung ausgenommen sind Umfahringstrassen, die Ortschaften vom Durchgangsverkehr entlasten.

Im Güterverkehr sind die Kosten pro Tonnenkilometer für die Schiene deutlich tiefer als für die Strasse. In Bezug auf die externen Unfall- und Umweltkosten weist der Schienenverkehr (1,6 Rappen) deutlich geringere Kosten pro Tonnenkilometer auf. Im Strassengüterverkehr (8,2 Rappen) sind vor allem die externen Gesundheitskosten, verursacht vom Dieselschluss, gefolgt von den externen Klimakosten sowie weiteren Umweltkosten von Bedeutung. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass der Strassenverkehr mit der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe einen Teil dieser Kosten (20%) deckt.

Quelle: Bundesamt für Statistik, Transportrechnung Jahr 2003

### Kostensätze im Güterverkehr, 2003, in Rappen pro Tonnenkilometer



nahmen vorlegen; der letztjährige Verlagerungsbericht leistete das nicht. Die Verlagerung braucht offensichtlich mehr Zeit. Zudem ist der Bau des Gotthardtunnels verspätet. Engagement, ja Druck der Politik in Sachen NEAT sind nötig.

Die Vorlage muss namentlich darlegen:

- weshalb die Ziele nicht erreicht wurden und der Bundesrat keine zusätzlichen Massnahmen getroffen hat;
- welche Massnahmen sich anbieten, welche Vor- und Nachteile

sie haben und was sie kosten;

- wie die Bahn mit Infrastrukturbauten (im Rahmen der für Ende Jahr angekündigten «Gesamtschau»), durch Förderung des kombinierten Verkehrs (nicht aber der rollenden Autobahn), durch betriebliche Verbesserungen, mit weiteren

Liberalisierungsschritten usw. unterstützt werden kann, ohne das Transportgewerbe ideologisch zu bestrafen oder gar schweizerische Unternehmer schlechter zu behandeln als die Ausländer;

- wie die Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten (und mit Europa

## Interview

## Im Gespräch mit Ständerat Thomas Pfisterer, Präsident der Verkehrskommission des Ständerats

*Vor kurzem wurde die Vernehmlassung zur Güterverkehrsvorlage abgeschlossen. Wie steht die FDP zur Verlagerungspolitik im Allgemeinen und zu den Vorschlägen des Bundesrats insbesondere?*

Der Freisinn unterstützt die Verlagerungspolitik nach wie vor entschlossen. Gerade darum folgt er den Vorschlägen des Bundesrates nicht. Er diskutiert schöne Ziele, ohne sich genügend um die harten Massnahmen zu kümmern, die zu ihrer Erreichung nötig sind.

*Für welche Lösungen und Instrumente soll sich die FDP stark machen, um die Verlagerungspolitik zum Erfolg zu bringen?*

Der Freisinn soll sich für eine pragmatische Lösung engagieren, die mit realistischen Massnahmen



Thomas Pfisterer

*verkehrs bis 2009 nicht realisierbar.» Ist die Verlagerungspolitik, die im entsprechenden Gesetz festgelegt ist, gescheitert?*

Nein, aber wir brauchen eine Massnahmendiskussion, nicht ein

im Verlagerungsbericht des letzten Jahres noch in der Vernehmlassungsvorlage ist nachgewiesen, dass der Bundesrat diese Aufgabe erfüllt hat. Hier liegt ein Hauptproblem. Der Bundesrat muss die Verlagerungspolitik wollen und sich durchsetzen!

*Welche Massnahmen sind zu treffen?*

Voraussetzung ist eine Auslegung über alle bisher eingesetzten Massnahmen mit deren Vor- und Nachteilen. Dann ist zu fragen, welche neuen Massnahmen möglich sind und welche Vor- und Nachteile sie haben. Primär ist der Bahnbetrieb zu fördern und nicht die Strasse zu bestrafen. Zusätzlich stellt sich immer auch die Kostenfrage.

*Welche Rolle spielt die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene?*

Die Zusammenarbeit mit den europäischen Ländern und allenfalls der EU ist für unser kleines Land unabdingbar. Wenn sie für die Alpenbörse möglich ist, dann muss sie auch für die Verlagerungspolitik insgesamt realisierbar sein. Nicht zur Diskussion stellen darf man das Landverkehrsabkommen. Sonst geraten Nacht- und Sonntagsfahrverbot sowie LSVA auf den Verhandlungstisch.

*Welchen Einfluss hat die Osterweiterung auf unsere Verkehrspolitik?*

Die Ost-West-Achse wird in Europa wichtiger. Dennoch hält die EU, was den Alpen transit anbetrifft, an

der Verlagerungspolitik fest; differenziert hat sie nur in anderen Bereichen. Ihre Hauptachse Hamburg-Italien führt immer noch über die Alpen. Immerhin führt die Osterweiterung dazu, dass möglicherweise mehr EU-Lastwagen transitieren wollen. Das belastet uns mehr. Hier hat die Schweiz einen Trumpf, um von der EU Zugeständnisse zu erhalten.

*Mitte Oktober haben sich zum dritten Mal die Verkehrsminister der Alpenländer getroffen und haben beschlossen, eine gemeinsame Studie solle die Möglichkeiten und die Bedingungen für die Einführung einer Alpen transitbörse aufzeigen. Ist für Sie eine solche Einführung auf europäischer Ebene vorstellbar?*

Die Alpen transitbörse bringt ein Kontingentierungssystem. Dieses verstösst gegen die EU-Grundsätze und das Landverkehrsabkommen. Also wäre eine EU-Zustimmung nötig.

*Was halten sie vom Vorschlag gewisser Verbände, eine Alpen transitabgabe einzuführen?*

Diese Abgabe hätte sich an den Rahmen des Landverkehrsabkommens zu halten. Entsprechend müsste die LSVA gekürzt werden. Der Sinn einer solchen Massnahme wäre schwer verständlich.

«Der Freisinn unterstützt die Verlagerungspolitik nach wie vor entschlossen.»

operiert. Diese müssen in methodisch korrekter Art aus den Erfahrungen und dem gesamten Potenzial entwickelt werden. Dies gelingt nicht in einem einzigen Wurf. Also ist ein Prozess einzuleiten, bei dem z.B. in Zweijahresschritten Massnahmen getroffen, deren Wirkung geprüft und allenfalls neue Massnahmen ergriffen werden.

*Im Vernehmlassungsbericht zur Güterverkehrsvorlage schreibt der Bundesrat: «Das Verlagerungsziel von 650 000 alpenquerenden Fahrten ist aber trotz der festgestellten positiven Entwicklung des alpenquerenden Güter-*

Schattenboxen um Zielillusionen. Entscheidend sind nicht irgendwelche Zahlen. Entscheidend ist, dass etwas geschieht, dass möglichst viele Lastwagen auf die Bahn gebracht werden. Das hängt von vielen Randbedingungen ab. Dafür können viele Massnahmen getroffen werden. Über diese Massnahmen müssen wir diskutieren.

*Hat der Verkehrsminister alle nötigen Massnahmen zur Erreichung der Ziele ergriffen?*

Die Verfassung und das Gesetz verpflichten den Bundesrat dazu, alle sinnvollen Massnahmen zu treffen, direkt, ohne Gesetz. Weder

## Nationalrat

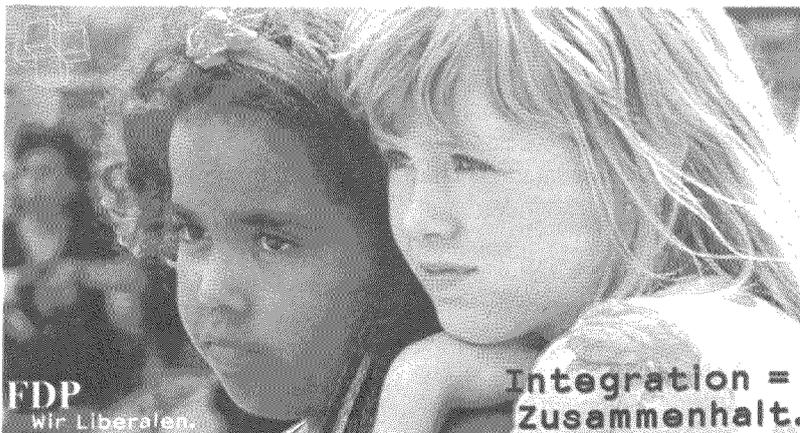
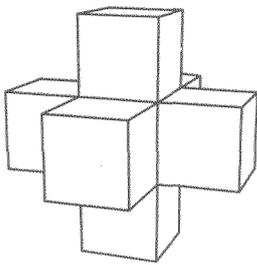
Postulat Freisinnig-demokratische Fraktion, 06.3442, Volle Bremswirkung mit Ergänzungsregel zur Schuldenbremse

### Wortlaut des Postulates vom 21. September 2006

Der Bundesrat wird beauftragt, eine institutionelle Regel zur Ergänzung der Schuldenbremse zu prüfen. Ziel dieser Regel ist, eine Umgehung der Schuldenbremse durch Ausgaben ausserhalb der Finanzrechnung zu verhindern.

### Begründung

Die Schuldenbremse kann ihre positive Wirkung nicht voll entfalten, weil verschiedene Ausgaben ausserhalb der Finanzrechnung abgewickelt werden können. Dank der Schuldenbremse und zwei Entlastungsprogrammen ist es zwar erfreulicherweise gelungen, die Finanzrechnung zu sanieren. Trotzdem kann die Verschuldung weiter ansteigen, wenn verschiedene Ausgaben ausserhalb der Finanzrechnung anfallen. So hat die Verschuldung seit Inkrafttreten der Schuldenbremse um 8 Milliarden Franken zugenommen. Um die positive Wirkung der Schuldenbremse zu sichern, indem Ausgabenpositionen ausserhalb der Finanzrechnung neu berücksichtigt werden, bedarf es eines institutionellen Mechanismus. Denkbar wäre eine Amortisationsregel für Ausgaben bzw. Investitionen ausserhalb der Finanzrechnung, die mit der Verpflichtung verknüpft ist, dass der jährliche Amortisationsbetrag der Finanzrechnung zu belasten ist. Damit liesse sich gewährleisten, dass Ausgaben bzw. Investitionen ausserhalb der Finanzrechnung über eine definierte Laufzeit abgeschrieben werden und so der Schuldenstand stabil bleibt. Der Amortisationszeitraum und die jährliche Amortisationsrate wären zu definieren.



FDP  
Wir Liberalen.

Integration =  
Zusammenhalt.

## Ständerat

Motion Schiesser, 2006.3445, Integration als gesellschaftliche und staatliche Kernaufgabe

### Wortlaut der Motion vom 25. September 2006

Der Bundesrat wird beauftragt, ein Rahmengesetz zur Integration zu erarbeiten. Eckwerte eines solchen Gesetzes sind:

- Integration ist eine staatliche und gesellschaftliche Kernaufgabe;
- Integration ist eine Voraussetzung und ein wichtiges Element einer zukunftsgerichteten und erfolgreichen Bildungs-, Gesellschafts- und Arbeitsmarktpolitik;
- Integrationspolitik erfolgt aktiv und beruht auf dem Grundsatz Fördern und Fordern;
- Der Bund:
  - a. legt zusammen mit den Kantonen den Grundbedarf an Information und an Sprach- und Integrationskursen fest;
  - b. steuert die Qualitätssicherung und fortlaufende Optimierung (Controlling);
  - c. fördert die Integration, indem er Integrationsmassnahmen der Kantone mitfinanzieren kann;
  - d. legt Finanzierungsgrundsätze fest (finanzielle Selbstbeteiligung der zu Integrierenden);
  - e. Die Kantone legen die über den Grundbedarf hinausgehenden spezifischen Integrationsmassnahmen fest.
- Kantone und Gemeinden sind für die operative Umsetzung der Integrationspolitik zuständig.

### Begründung

Die Schweiz kann ihre Stellung als Wirtschaftsstandort und Lebensraum nur dann halten, wenn es ihr gelingt, mit den weltweit führenden Denk- und Wissensstandorten mitzuhalten und die Wertschöpfung aus ihrem Know-how in der Schweiz zu generieren. Die Schweiz lebt von hoher Produktivität bei steigendem Bildungsgrad und hoher Erwerbsquote. Die Schweiz hat deshalb ein eminentes Interesse daran, die immigrierten Menschen und die hier geborenen Kinder der Migranten so zu integrieren, dass sie motiviert und in der Lage sind, einen Beitrag an das wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Gedeihen des Landes zu leisten. Der materielle Wert einer erfolgreichen Integrationspolitik ist auch an ihrem volkswirtschaftlichen Nutzen und am Grad an Sicherheit zu messen sowie aus finanzpolitischer Warte mit den steigenden Kosten einer ausgebliebenen oder missratenen Integrationspolitik in der Fürsorge, im Gesundheitswesen und in der Justiz in Relation zu bringen. Eine vorwiegend auf Arbeitskräftesteuerung ausgerichtete Integrationspolitik wird den Herausforderungen nicht gerecht. Die Sprachprobleme an den Schulen, isolierte Eltern und ungenügend ausgebildete Jugendliche manifestieren dies deutlich. Aktive Integration erfolgt systematisch und versteht sich als Investition in das Potenzial der Migrationsbevölkerung.

Zusammenarbeit mit Osteuropa

## Beziehungen zu Europa vertiefen statt verspielen

Bei der Abstimmung vom 26. November über das Osthilfegesetz stehen die guten Beziehungen der Schweiz zur EU zur Disposition. Die Zustimmung bedeutet die Vertiefung der Beziehungen zur Europäischen Union; die Ablehnung hätte einen Schaden im schweizerischen Verhältnis zur EU zur Folge.

Von **Christa Markwalder Bär**,  
Nationalrätin Jf/FDP

### Bewährte Osthilfe weiterführen

Sowohl die EU wie auch die Schweiz haben seit dem Ende des Kalten Krieges viel in die Infrastruktur und in die demokratischen Institutionen der jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa investiert. Dadurch konnten sich die ehemaligen Ostblockstaaten rasch entwickeln und wurden innert anderthalb Jahrzehnten EU-beitrittsfähig. Seit zwei Jahren ist Europa nun wieder vereinigt; der Eisenerne Vorhang des Kalten Krieges ist endgültig beseitigt, und die neuen Mitgliedstaaten bringen eine neue Dynamik in die europäischen Institutionen. Das ist eine europäische Erfolgsgeschichte sondergleichen.

Bisher hat die Schweiz mehr als drei Milliarden Franken Osthilfe für den Aufbau von Demokratie und Marktwirtschaft geleistet. Das neue Osthilfegesetz soll nun den befristeten Bundesbeschluss von 1995 ablösen und ist zeitlich wiederum auf 10 Jahre befristet. Aufgrund dieser Rechtsgrundlage wird die Schweiz die Milliarde, die sie der EU versprochen hat, für Projekte in den zehn neuen Mitgliedstaaten verwenden.

### Zum richtigen Zeitpunkt Ja gesagt

Die Anfrage der EU an die Schweiz für einen Erweiterungsbeitrag lag bereits während der Verhandlungen über die Bilateralen II auf dem Tisch, doch die Schweiz hat erst dann eingewilligt, als sie ihre Ziele verwirklicht sah – nämlich die Wahrung des Bankgeheimnisses und weitere Ausnahmen im Rahmen



**Christa Markwalder**

von Schengen/Dublin sowie lange Übergangsfristen bei der Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens. Verhandlungstechnisch war also die Milliarde der Trumpf für einen aus Schweizer Sicht erfolgreichen Abschluss der Bilateralen II.

Politisch gesehen bedeutet die Milliarde einen weiteren Schritt in der Annäherung an die EU, da die Schweiz direkt zu mehr Wachstum, besserer Infrastruktur und stabilen demokratischen Institutionen in den neuen Mitgliedstaaten beiträgt und damit die Leistungen und den Erfolg der europäischen Wiedervereinigung unterstützt. Wirtschaftlich gesehen ist der Beitrag eine Investition, sind doch die neuen Mitgliedstaaten interessante Märkte, mit denen wir bereits heute einen Handelsbilanzüberschuss von mehr als 3 Milliarden Franken realisieren. Schliesslich dient der Beitrag auch zur generellen Festigung unserer Beziehungen mit der EU, trägt

zum guten Bild der Schweiz in den neuen EU-Mitgliedstaaten bei und stärkt unsere Glaubwürdigkeit.

### Glaubwürdigkeit als Kapital

Glaubwürdigkeit ist das wichtigste aussenpolitische Kapital der Schweiz. Und die Schweiz ist ein verlässliches Land, das seine abgegebenen Versprechen einhält. Schliesslich ist die EU mit Abstand unsere wichtigste politische und wirtschaftliche Partnerin. Wir können nicht vom Zugang zum EU-Binnenmarkt profitieren, an zahlreichen EU-Programmen teilnehmen und uns dann aus der Verantwortung gegenüber den neuen Mitgliedstaaten stellen. Deshalb ist das Referendum gegen das Osthilfegesetz eine kleinliche Zwängerei, die jedes aussenpolitische Augenmass vermissen lässt.

Einen innenpolitischen Zankapfel bildet primär die Finanzierung des Erweiterungsbeitrags. Mit dem Verteilschlüssel (60% Kompensation in EDA und EVD und 40% all-

gemeine Bundesmittel) wird sichergestellt, dass die Finanzierung budgetneutral, aber nicht auf Kosten der Entwicklungshilfe an die ärmsten Länder im Süden erfolgt.

Bis die Abstimmung am 26. November über die Bühne ist, stockt der Ratifikationsprozess von Schengen/Dublin, ist die Teilnahme der Schweiz am 7. EU-Forschungsrahmenprogramm in der Schwebe und wird die Aufnahme neuer bilateraler Verhandlungen, die im Interesse der Schweiz liegen, verzögert.

Deshalb ist ein Ja zum Osthilfegesetz am 26. November äusserst wichtig, um die bisher erfolgreiche bilaterale Zusammenarbeit weiterzuführen. Die Schweiz tut gut daran, ihre Beziehungen zur EU zu vertiefen anstatt zu verspielen!

## Agenda

### November

- 16. Bundesratsparteien-Gespräche
- 17. Von-Wattenwyl-Gespräche
- 24./25. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- 26. Eidgenössische Volksabstimmung

### Dezember

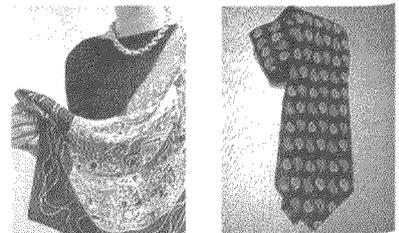
- 4.–20. Wintersession
- 4. Groupe Latin
- 6. Wahlfeier Nationalratspräsidentin Ch. Egerszegi-Obrist
- 7. Geschäftsleitung
- 13. Offizielles Fraktionssessen

# Urnengang und Herbstnebel

ist mit den neuen Ostländern zu fördern	BR Merz will sie vereinfachen (Kürzung)	ist es meist wo die Rundungen fehlen	Initialen für BR Merz Staatsbesitz im Ausland	steht massig neben der Jungfrau	das Zulagegesetz will sie vereinheitlichen	in den Stand der Blaublütligen erheben
Zielsetzungen oder ein Reissnagel		2	ein französisches Mitglied	mögliche finanzielle Unterstützung	ital. Dorf am Luganersee	
über diese Unterstützung wird abgestimmt	1 flach im Boxing gesund und munter		hockt gefrässig im Gammel-Speck		so staunt selbst der Fachmann	
....-potentis, allmächtig	das Ich des Lateiners Ruinenstadt am Tigris		edler Saucenpilz englischer Osten	positive Elektrode leer und verlassen	3	
gesamte Kohäsionssumme			dröhnt vom Schiff über den nebligen See		Umlauf für alle Österreicher	wird bald von ersten Flocken gebaut
der junge Inn nord. Männernamen	7	ist im Weinberg vorbei weicher Sitzplatz		Ägypter m. Falkenkopf Toni Blairs Sünde		4
hier atmet man auch WEF-Luft		Bibelteil seine schönen Tage sind vorbei	Wasser mit Herbstnebel baltischer EU-Staat	letter of credit er kam, ... und siegte		
Beiträge ermöglichen solche Erneuerungen			Rotary International	steckt franz. im Leinen bes. Kennzeichen	8 Hauptanliegen freisinniger Politik	
wird jetzt oft mit Rum getrunken	10 Cuno, ein CH-Maler Stadt i. SO Nigerias			sie stecken im See und im Meer	Baumwollgewebe mit Waffelmuster	vokalloses Erbteilchen so tönt ein Q
		Nbfl. der March in Mähren	abgekürzte Route		der Mond über Genf EU-Insulaner	
auch die Tiere ziehen es sich nun an	13		das ganz kurze Mittelalter		Volkstanz aus Kuba Trade Union	Minnesota für US-Pösterler geschwätziger Starenverwandter
macht hoch die ..., die Tore weit	so kurz kann jedes Gesetz sein		ein Wald von Übertragungsmasten			
dafür soll die Zulage 250 Fr./Mt. betragen			11			daneben steht meist auch off

## Preise:

1.-3. Preis je ein FDP-Foulard oder eine FDP-Krawatte mit FDP-Pin



## So machen Sie mit:

Schreiben Sie uns bis zum 29. November 2006 eine Postkarte oder eine E-Mail mit dem Lösungswort, Ihrem Namen und der Adresse an:

Generalsekretariat FDP  
«Freisinn»-Rätzel  
Postfach 6136  
3001 Bern  
raetsel@fdp.ch

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

## Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----



Giulia Mariani spielte Glücksfee.

## Auflösung Kreuzworträtsel Nr. 8/06

### Liberaler Politik – klar wie Wasser!

Das richtige Lösungswort des Kreuzworträtsels Nr. 7/06 lautete: **Wellenbrecher**. Bis zum Redaktionsschluss sind 274 richtige Antworten bei uns eingegangen.

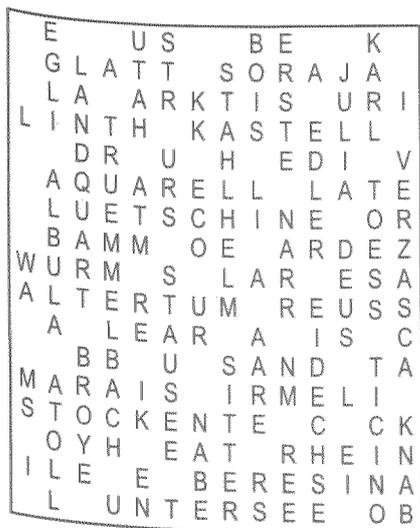
1.–3. Preis: je eine **TRISA** Sonicpower-Schallzahnbürste.



Giulia Mariani, neue Mitarbeiterin im Sekretariat, spielte Glücksfee und zog folgende Gewinner/innen:

- Frau Beatrice Bruhin, 8862 Schübelbach
- Herr Marcel Morf, 6207 Nottwil
- Herr Reto Hartmann, 7206 Igis

Die Preise werden den Gewinnern direkt zugestellt. Die «Freisinn»-Redaktion wünscht allen Gewinnern ein munteres Zähneputzen.



## Herzlich willkommen!

Kristina Bussmann hat im Oktober ihre Arbeit bei der FDP Schweiz aufgenommen. Welches ihre Aufgaben und wie ihre ersten Eindrücke sind, – sagt sie gleich selbst...



Kristina Bussmann

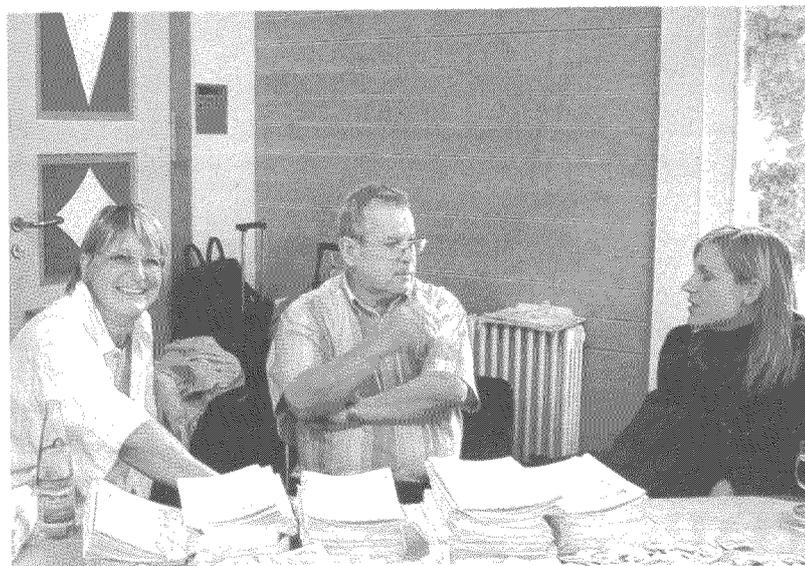
«Meine Aufgaben im Generalsekretariat sind sehr vielfältig. Ich bin zum einen die Assistentin von Generalsekretär Guido Schommer und erledige diverse Arbeiten für ihn. Zum anderen widme ich einen grossen Anteil meiner Zeit der FDP Schweiz International, der Auslandsschweizerorganisation der FDP. Hier gibt es viel Organisatorisches zu tun; so hat zum Beispiel die Planung für die Preisverleihung des Auslandsschweizerpreises bereits begonnen.

Ich habe mich bei der FDP Schweiz bereits gut eingelebt, und es gefällt mir sehr, in diesem jungen Team mitwirken zu können.»

## Veranstaltungshinweis

### Vorankündigung Delegiertenversammlung 2007

Wir freuen uns, die Delegierten am 19./20. Januar 2007 in Genf zu begrüssen! Das Programm und weitere Angaben folgen in der nächsten Ausgabe.

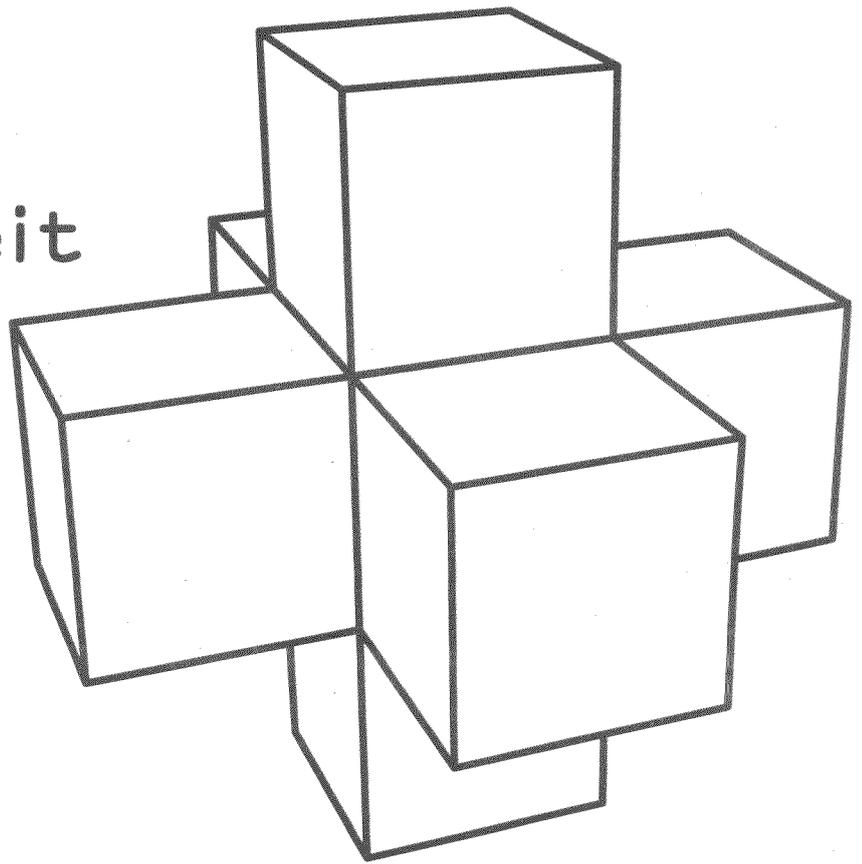


Mitarbeitende des Generalsekretariates bei der Eingangskontrolle der Delegiertenversammlung in Sempach: Bertha Stalder (ihre 80. DVI!), Erwin Aebischer und Alexandra Thalhammer (v.l.n.r.).

**Denken Sie positiv  
am 26.11.**

**Ja**

zur Zusammenarbeit  
mit Osteuropa



[www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

**FDP**

**Wir Liberalen. Für eine offene Schweiz.**